ZECK

Nr. 124 Januar / Februar 2005

Das Info aus der Flora

burn digger burn!

Vorwort

verehrte leserInnenschaft,

so, der weihnachtliche tofu-braten ist verdaut, silvester gut überstanden, jetzt geht's mit volldampf ins neue jahr. als highlight liegt der 3.januar mit den arbeitsagentur-blockaden bereits hinter uns, es folgt jetzt, zumindestens in hamburg, die zuspitzung des konfliktes um den wasser-turm im schanzenpark. zu beidem gibt's berichte in diesem heft. wie auch zum dauerbrenner antisemitismus/antideutsche.

als redaktion hoffen wir auf ein jahr voller diskussions-beiträge, aktionsberichte, bekennerInnenschreiben,...

...und, natürlich, einen heissen sommer.... (mensch muss langfristig denken!)

redaktionsschluss der nächsten ausgabe ist der 20.02.05.

die redaktion

Inhalt

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-habe-name« ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (Mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!) Eigendruck im Selbstverlag

Kundgebung beim Folterer Daschner 19.11.05

Einen Tag nach der Prozesseröffnung gegen den ehemaligen Frankfurter Polizei-Vize Wolfgang Daschner protestierten ungefähr 20 Antifaschisten vor seiner Haustür in Taunusstein (Hessen). Sie verteilten Flugblätter in der Nachbarschaft und zeigten ein Transparent mit der Aufschrift "Freiheit stirbt mit Sicherheit - Hessen vorn: Überwachung.Folter.Abschiebung."

In einem Redebeitrag kritisierte der Sprecher der autonomen antifa [f], Lars Mertens: "Es ist infam, dass sich der ehemalige Polizeivize als Opfer garstellt. Daschner ist vielmehr eine Schlüsserfigur in einer insenzierten Kampagne für den weiteren Abbau der letzten Grundrechte." Der Versuch die Androhung von Folter in "unmittelbaren Zwang" umzulügen und damit zu rechtferigen verleihe dem Vorgang nur noch besondere Brisanz.

Ziel der spontanen Kundgebung sei gewesen, deutlich zu machen, dass "auch Schreibtischtäter Namen und Adressen" hätten. Mertens weiter: "Die Akteure der reaktionären Formierung dieser Gesellschaft werden auch weiterhin damit rechnen müssen, dass ihre heuchlerische Vorstadt Idylle nicht ungestört bleibt."
Die Reaktion der Nachbarn des Herrn Daschner habe dabei gezeigt, dass der Protest richtig gewesen sei. Ein Demonstrantin erzählte: "Wir wurden beim Flyer verteilen fast durchgehend von agressiven Anwohnern als "Kommunistenschweine", "Verrückte", "Ausländer" und "arbeitsscheues Gesindel" bezeichnet. Der antifa Sprecher dazu: "Herr Daschner, als Prototyp des autoritären Charakters der er ist, befindet sich offenbar in guter Nachbarschaft." Als die spontane Kundgebung schon beendet war erschienen nach Angaben der Teilnehmer plötzlich eine große Anzahl Polizisten, die ebenfalls ziemlich agressiv vorgegangen seien. Bei einigen Demonstrantinnen wurden die Personalien festgestellt, sowie Flugblätter und ein Transparent beschlagnahmt.
"Die überzogene Reaktion der Polizeibeamten zeigt, dass wir in ein Wespennest gestochen haben. Sollte sich zeigen, dass nun weiter versucht wird, die unliebsamen Demonstrantinnen einzuschüchtern und zu kriminalisieren - müssen wir wohl wiederkommen." so Lars Mertens abschließend. "Den Weg kennen wir ja jetzt..."
Zeitgleich fanden Aktionen in weiteren Städten gegen Folterbefürworter statt. Darunter u.a. gegen den pseudo Linken Oskar Lafontaine.

Bauwagenszene demonstriert in Hamburger Innenstadt Advent, Advent.......

Am 18.12., dem letzten verkaufsoffenen Samstag vor Weihnachten, wurde mal wieder in die Innenstadt zu einem Aktionstag mobilisiert. Der Mobilisierungszeitraum fiel dabei jedoch leider äußerst knapp aus. Nichtsdestotrotz fanden um die 250 Personen den Weg ins Zentrum, um ihren kreativen Bestrebungen freien Lauf zu lassen. Team Green stand mit rund 1000 Beamten zum Empfang bereit. Neben dem Besuch diverser Kaufhausketten und verschiedenster Aktionen innerhalb dieser, beschränkte sich der Aktionsrahmen dann doch überwiegend auf ein Katz- und Mausspiel. Gleich zu Anfang wurden die TeilnehmerInnen durch den ersten Kessel stark dezimiert. Es folgten diverse andere. Insgesamt wurden 235 Platzverweise ausgesprochen und 15 Menschen in Gewahrsam genommen. Es lässt sich aufgrund dieser Statistik nur schwer von einem Erfolg sprechen, aber wie gesagt, die Zeit war knapp und immer gewinnen macht nur halb soviel Spaß. Und ein paar kleine Freuden hat es auch gegeben. Darum: Nicht verzagen, der nächste Advent kommt bestimmt!

Nato-Kriegskonferenz in München stoppen

Kriegskonferenz in München. Widerstand gegen Militarismus-Spektakel. Vom 11. bis 13. Februar 2005 treffen sich in München wirtschaftliche, politische und militärische Eliten zu jährlichen "Sicherheitskonferenz", um über "Interventionen",Angriffskriege oder Überwachungs-Technologien zu verhandeln.

Aktionstage in der Münchner Innenstadt

Freitag, 11. Februar 05
16.30 Uhr
Demonstration vom Lenbachplatz (U4/5 Stachus) zur "Finanzierungskonferenz Nordafrika Mittelost" im Dorint Sofitel Hotel
17-19 Uhr Kundgebung vor dem Dorint - - -
17-22 Uhr Infopoint Schrammerstr Maffeistr.
- Convergence Center im ehem. Tröpferlbad; Thalkirchnerstr 104/ II (U3/6 Goetheplatz)
Samstag, 12.02.
- 12 Uhr Demonstration Marienplatz

Ihre Sicherheit bedeutet Krieg!
Ihr Frieden heißt Ausbeutung!

Wie 1999: Den Naziaufmarsch in Kiel zum Desaster machen!

Am 29. Januar 2005, kurz vor dem Jahrestag der Machtübergabe an die NSDAP, wollen Neonazis aus sogenannten "freien Kameradschaften" gemeinsam mit der NPD durch Kiel marschieren. Im dumpfesten Rassismus vereint wollen sie gegen "Multikulti und Hartz 4" protestieren und -ganz nebenbei- Wahlkampf für die NPD betreiben. Diese tritt zur Schleswig-Holstein-Wahl Ende Februar an und hat bereits bei ihrem Wahlkampfauftakt am 04.Dezember gezeigt wie empfindlich sie auf kritische Öffentlichkeit reagiert. An besagtem Tag griff der Saalschutz der NPD protestierende AntifaschistInnen an.
Wir werden diesen Aufmarsch zum Desaster für die faschisten machen! Mit allen nötigen Mitteln und auf allen Ebenen. Kiel war und ist kein gutes Pflaster für Neonazis. Als zwei Beispiele zur untermauerung dieser Behauptung seien nur der versuchte Aufmarsch im Januar 1999, welcher von AntifaschistInnen militan gestoppt wurde, und ein von AntifaschistInnen zerstörter NPD-Infostand in diesem Jahr genannt.
Auch in Zukunft werden wir dafür sorgen, dass sich Neonazis in Kiel und anderswo nicht wohl fühlen. Wir werden an die Erfolge der Vergangenheit anknüpfen und den Naziaufmarsch am 29 Januar gemeinsam stoppen!

Info- und Mobilisierungsveranstaltung:
Dienstag, 25.01.05 AntifaschistInnen aus Kiel und Hamburg erläutern den letzten Stand.
Ab 19 Uhr in der "Roten Flora" Schulterblatt 71.
Gemeinsame Anreise mit der Bahn Treffpunkt zur gemeinsamen Anreise mit der Bahn ist ab 8.45 Uhr am Reisezentrum der Deutschen Bahn/ Wandelhalle Hamburg Hauptbahnhof. Abfahrt um 9.20 Uhr.

Wasserturm

Investorenträume platzen lassen! Die Festspiele rund um die Hotel-Großbaustelle im Schanzenpark sind eröffnet

Am Montag dem 10.01.04 beginnt der Umbau Wasserturmes im Schanzenpark zum gehobenen Hotel. Die Luxussanierung des Wasserturmes hat dabei einen hohen symbolischen Gehalt für die weitere Entwicklung der umliegenden Stadtteile.

Nach der weitgehend abgeschlossenen Umstrukturierung im Schanzen- und Karolinenviertel und der begonnen Messeerweiterung über den Sternschanzenbahnhof in die Schanze, bildet das Hotel das Sahnehäubchen dieser Entwicklung. Der polizeiliche Druck auf störende Bevölkerungsgruppen durch Überwachungsmaßnahmen und Kontrollen wird zwangsläufig zunehmen. Die Richtlinien hierfür wurden jüngst durch die Einführung des schärfsten Polizeigesetzes der Bundesrepublik (Eigenwerbung der Innenbehörde) verbessert.

Auch die Situation von ärmeren AnwohnerInnen wird sich weiter verschärfen. Wer durch die Einführung von Hartz4 und ein Euro Jobs schon Probleme hat, wird in Zukunft zusätzlich unter einer weiter steigenden Verteuerung im Stadtteil leiden. Die strukturpolitische Entwicklung und Aufwertung ist schließlich das große Ziel der Sanierung. Schon im Frühjahr war im Zusammenhang mit dem Hotel vom "Wandel vom chaotischen Gründerzeitkiez zum schnieken Geschäftsstandort" und einer „Pole-Position" zu lesen ("Die Welt"). Es geben sich weiterhin auch einige Ladenneueröffnungen Mühe, dieses mit Inhalt zu füllen.

Das „Freie Netzwerk zum Erhalt des Sternschanzenparks" das verschiedene öffentliche Protestaktionen organisiert hat schreibt dazu: Für Investor Storr werden die öffentlich-kulturellen Veranstaltungen im Park zugunsten der privat-kommerziellen Nutzung des Wasserturms streng reglementiert (die Dauer des Open-Air-Kinos, die Anzahl von Kinder-festen etc.): doch auch auflerhalb des Parks bleibt es nicht folgenlos: so mussten der Flohmarkt und das regelmäßig stattfindende Motorradtreffen von der Strasse Sternschanze woandershin verlegt werden. Nicht vertraglich vereinbart, aber politisch und polizeilich vollzogen werden schon jetzt Schikanen und Willkürmaßnahmen gegen ParkbesucherInnen (Personenkontrollen und Platzverweise, Verbote kleinster Grillfeuer wg. Gefahr für Sicherheit und Ordnung oder Musik machen wg. Lärmverstoß in einem Erholungsgebiet etc.).

„Wir wehren uns dagegen, dass es in dieser Stadt völlig selbstverständlich sein soll, alles, was irgendwie verwertbar ist, auch in die Verwertungslogik gepresst wird. Darüberhinaus bekommt der sog. Investor nicht nur geschenkt, was eigentlich uns gehört, sondern erwirbt dazu das Recht, den verbleibenden öffentlichen Raum als sein Einflussgebiet zu betrachten und zu bestimmen, wer dort Zugang erhält und was dort passieren darf. Polizei und Stadtverwaltung agieren entsprechend als Vollstrecker." (Redebeitrag auf der Demonstration am 23. 09. 2004)

„Der grundsätzliche Widerstand hat sich erledigt. Wir sind optimistisch, dass mit dem Umbau im Oktober begonnen werden kann." (Jürgen Kolper, Geschäftsführer der Patrizia Immobilien AG) So konnten wir am 7.08. 04 in der Bild-HH lesen. Nur ein paar Wochen später sahen sich die Investoren allerdings genötigt, viel Geld für Öffentlichkeitsarbeit auszugeben. Es wurde eine aufwendige Broschüre an viele Haushalte rings um den Schanzenpark verteilt, in der „auch auf die Argumente der Kritiker" eingegangen wird, „um zu einer sachlichen Diskussion beizutragen." Gleichzeitig wurde ein Internet-Auftritt zum Thema „Hotel im Wasserturm" produziert, zufällig unter einer Internetadresse, die unserer Adresse (www.schanzenturm.de) nicht ganz unähnlich ist.
Auch hier war der Versuch, sich anzubiedern, nicht gerade von Erfolg gekrönt: so musste nach Anrufen von empörten Eltern/ Vereinsmitgliedern und der Androhung einer Abmahnung ein Bild mit Kindern im Trikot des SC Sternschanze von der Seite entfernt werden (in der Broschüre wurde dies Bild allerdings auch abgedruckt), Und auch der Versuch, den Radiosender Freies Senderkombinat (FSK) mit einzubeziehen, scheiterte; nach Intervention von FSK verschwand dieser Hinweis umgehend.
Ganz offensichtlich haben es die Investoren nötig, einen Haufen Geld auszugeben, um sich bei den AnwohnerInnen des Parks anzubiedern und zu versuchen, Vorbehalte und Skepsis in den umliegenden Vierteln gegen dieses Hotelprojekt zu beschwichtigen. Zweifellos ein Erfolg des bisherigen Widerstandes und der Aktionen. Im selben Rahmen ist auch die Informationsveranstaltung am 21. Oktober 2004 zu sehen, ein „hochrangig" besetztes Podium wollte versuchen, auch auf diesem Wege KritikerInnen zu besänftigen. Eine Einladung, ebenfalls auf dem Podium zu sitzen, hatten wir dankend abgelehnt, wir machen diese scheinbar demokratischen Spielchen nicht mit, über vorgegebene und bereits entschiedene Inhalte „sachlich" miteinander zu reden!
Unserer Meinung nach muss der Park in seiner jetzigen Funktion erhalten bleiben und weiterhin wie bisher genutzt werden können. Der Wasserturm muss der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden; nicht nur wegen seiner europaweiten Einmaligkeit sondern auch aufgrund seiner historischen Bedeutung: vor fast 100 Jahren verbesserte sich die hygienische Situation für 104.000 umliegende Haushalte durch die Inbetriebnahme dieses Wasserturms, weil sie zum ersten Mal morgens und abends mit Frischwasser versorgt wurden. Andererseits wäre ein Verschwinden aus dem „sozialen Gedächtnis" der Stadt die Folge. Wir werden uns in unserer Öffentlichkeitsarbeit und Aktionstätigkeit weiterhin nicht beirren lassen. Auch ein (..) Baubeginn wird unseren Widerstand nicht beenden.
[Quelle: www.schanzenturm.de]

Ab dem Baubeginn rechnen die Sicherheitsbehörden mit Demos aber auch nächtlichen Kleingruppenaktionen und Anschlägen gegen die Großbaustelle im Schanzenpark. Und tatsächlich im Vorfeld gab es laut Presse bereits einige Proteste dieser Art:
Am 21.10. wird eine Info-Veranstaltung des Bezirksamts in der Schule Altonaer Straße von Hotel-Gegnern massiv gestört. Bezirksamtsleiter Jürgen Mantell bricht die Veranstaltung ab.
In der Nacht zum 18.11. zerstören "autonome Parkwächter" Gehwegplatten im Park, um Baufahrzeuge zu behindern.
In der Nacht zum 14.12. zertrümmern Unbekannte die Scheiben des Patrizia-Büros in der Straße An der Alster (St. Georg) und verschütten Buttersäure. In einer Bekenner-Mail schreiben sie "Schanzenpark für alle. Mövenpick und Patrizia angreifen."
Am 17. 12. werden die Reifen von zwei Autos von Patrizia-Mitarbeiter vor dem Wasserturm zerstochen.
In der Nacht vom 2. auf den 3.01. wird eine Asphaltzufahrt zum Turm durch Feuer stark beschädigt. Es bekennen sich "Fred Feuerstein und die autonomen Turmwächter", fordern "Keine Zweckentfremdung öffentlicher Räume. Keine Vertreibung." [Quelle Mopo]

Für die Zeit nach dem Baubeginn wurde zu täglichen Protestaktionen am Sternschanzenbahnhof ab 19 Uhr aufgerufen. Diese werden nur der Anfang einer langandauernden Auseinandersetzung sein, die ihren Höhepunkt sicherlich erst im Sommer entwickeln wird. Selbst falls es dann nicht mehr gelingen sollte das Hotelprojekt zu kippen, so wird es dann trotzdem möglich sein den ausgrenzenden Begleitumständen massiven Widerstand entgegenzusetzen und den Schanzenpark als umkämpften Raum offen für alle zu halten.

Termine: vorläufig weiterhin täglich ab 19 Uhr Treffen an der Sternschanze

Agenturschluss - aber subito!

Eine Einschätzung der Agenturschluss-Aktionen am 3.1.05

Die meisten Medien haben die Beteiligung an der Agenturschluss- Aktion am 3. Januar 2005 kleingeredet, und dem Lagezentrum der Bundesregierng mal wieder eine Freude gemacht. Dennoch war die Agenturschluss-Bilanz beachtlich: 83 Städte haben definitiv mitgemacht, insbesondere im Osten haben sich die Orte relativ kurzfristig entschieden, bei der bundesweiten Aktion dabei zu sein. Wenn auch vor Ort jeweils wenige Leute am ersten Werktag des Jahres montagsfrüh vor der Arbeitsagentur standen, so gibt es (abgesehen von den Montagsdemonstrationen im vergangenen Sommer) wenige erfolgreiche Beispiele für bundesweite Proteste zur sozialen Frage.

Bei labournet wurden bisher Berichte aus 43 Städten gesammelt, es werden voraussichtlich in den nächsten Tagen weitere dazu kommen. Die Idee zur Aktion Agenturschluss begann 2004 beim Kongreß "Die Kosten rebellieren". Einer im Westen gestarteten Mobilisierung von Basisgruppen haben sich daraufhin auch Sozialforen und Bündnisse im Osten angeschlossen – das ist nicht selbstverständlich!

Eine solche flächendeckende Mobilisierung ohne große Organisationen (Gewerkschaften und NGOs wie Attac), Finanzierungsmöglichkeiten, Öffentlichkeitsarbeitsinfrastruktur und Pressebüros im Rücken ist ein positives Zeichen für eine gelungene dezentrale Koordinierung (wenn auch mit ein paar Mängeln die nächstes Mal vermieden werden können und müssen).

Allen Unkenrufen zum Trotz waren bei den Protesten am 3. Januar 2005 auch Betroffene anwesend. Klar, es hätten mehr sein können, aber es war schon immer schwierig für Erwerbslose, sich selbst zu organisieren, gerade weil die Behörden alles daran zu setzen, mit den ALG II- Bescheiden und Ein-Euro- Jobs die Betroffenen zu individualisieren und Solidarität untereinander zu erschweren. Als die ALG II-Bescheide versandt wurden, waren alle zunächst gleichermassen betroffen und erschrocken, und selbst die Noch-ArbeitsplatzbesitzerInnen erkannten die Fiesheit der Hartz-Gesetze, auch die Mittelschicht begann um ihre Mietwohnungen und Lebensversicherungen zu bangen. Die Gefahr in eine verarmte Bedarfsgemeinschaft zu rutschen drohte ganz vielen Menschen am Horizont.

An den Montagsdemonstrationen des vergangenen Sommers können die Agenturschlussaktionen nicht direkt gemessen werden. An einem Vormittag um 10 Uhr war es schon immer schwieriger Menschen auf der Straße zu versammeln als abends oder an einem Wochenende. Seit dem vergangenen Sommer hat eine massive Propagandamaschinerie gegen die Hartz-Proteste eingesetzt, Spaltungen wurden provoziert, und die Regierung setzte auf unerbittliches Aussitzen ohne Zugeständnisse. Dennoch zeigte die massive polizeiliche Abriegelung der SPD-Parteizentrale bei den Montagsdemonstrationen im August/ September 2004, wie sehr die Regierenden angesichts des spontan von unten entstandenen Protests in Panik verfielen.

In die Hände spielte den Regierenden die Unterschiedlichkeit der Ausgangslagen in Ost und West. Das Verhältnis der Anzahl BewerberInnen pro Arbeitsplatz ist im Osten ungleich viel höher, bei einer Arbeitslosigkeit von 18 bis 20 Prozent von einem "Vermittlungsproblem" zu sprechen ist blanker Zynismus. Die Entvölkerung der ostdeutschen Orte wird weiter zunehmen, weil es nun einmal gar nicht so viele Arbeitsplätze geben kann wie Menschen Arbeit suchen. Hier würde tatsächlich nur ein bedingungsloses Existenzgeld eine vernünftige Perspektive eröffnen.

Presseerklärung

Presseerklärung am Montag, 3 Januar 2005 vom Bündnis Agenturschluss Hamburg

Am Morgen des 3. Januar haben sich 300 Menschen aus Protest gegen Hartz IV vor und in der Arbeitsagentur Mitte versammelt. Damit folgten sie dem Aufruf des Bündnisses "Agenturschluss" in Hamburg. Auch in mindestens 80 weiteren Städten fanden Aktionen vor Arbeitsagenturen statt.

Von dem Dach der Arbeitsagentur Mitte wurde ein Transparent mit der Aufschrift "Weg mit der Agenda 2010" gehängt. Im Foyer gab es ein offenes Megafon und ein Umsonst-Frühstück. Unter dem Motto "Das Leben ist Hartz" luden die "Spielverderberinnen" zu einem Spiel ein. Auf dem Vorplatz wurde ein Infotisch aufgebaut und fair-gehandelter Kaffee verkauft. Zudem wurden Flugblätter an Erwerbslose und MitarbeiterInnen verteilt.

Die Aktionen richten sich gegen Verarmungs- und Disziplinierungsstrategien der Bundesregierung und die Einführung der "1-Euro-Job" genannten Zwangsdienste. Hartz IV betrifft jedoch nicht nur Erwerbslose. Vielfach werden 1-Euro-Jobs an die Stelle von regulären Arbeitsverhältnissen treten. Die Folgen von Hartz IV gehen weit über die unmittelbar Betroffenen hinaus.

Die Sprecherin von "Agenturschluss" in Hamburg Antje Timm sagt: "Viele Menschen begreifen, dass der Angriff gleichermaßen Erwerbslosen und Lohnarbeitenden gilt. Für Lohnarbeitende als Erpressung zu Mehrarbeit und Lohnverzicht. Für Erwerbslose als Leistungskürzung und Zwang in Billigjobs."

Hartz IV ist weder der Anfang noch das Ende des Sozialraubs, sondern fügt sich ein in die umfassende Verschlechterung von Arbeits- und Lebensbedingungen durch die Agenda 2010. Antje Timm macht deutlich:

"Unser Widerstand richtet sich gegen den massiven Angriff auf soziale Rechte hier und weltweit." Zugleich ist "Agenturschluss" weder der Anfang noch das Ende des Widerstands. Mit dem heutigen Montag sind massenhafte Regelverletzungen und sozialer Ungehorsam Teil der Sozialproteste geworden.

Dazu sagt Antje Timm: "Unsere Wut und unsere Phantasie ist noch lange nicht aufgebraucht. Selbst wenn die Hartz-Gesetze Alltag werden, wird der soziale Protest und Widerstand dagegen nicht zu Ende sein."

Verdeckter Ermittler aufgeflogen

Im November 2004 ist in Hamburg ein verdeckter Ermittler der Polizei enttarnt worden, der sich ein Jahr lang in linken Zusammenhängen engagiert hat.

"Christian Trott", wie sich der Beamte nannte, wollte an einer Aktion gegen Ein-Euro-Jobs bei einem Wohltätigkeitsverband teilnehmen . Als eine Person auftauchte, die er von früher kannte, verschwand er wortlos und war nicht mehr zu erreichen. Der Person, die ihn wiedererkannte, wurden aktuelle Fotos von "Christian" vorgelegt, auf denen er erneut eindeutig als Kristian Krumbeck identifiziert wurde. In der darauffolgenden Recherche wurden Fotos aus der Schülerzeitung des Gymnasiums Lütjenburg bei Kiel ausfindig gemacht, auf denen er von Personen aus unterschiedlichen betroffenen Zusammenhängen als "Christian Trott" identifiziert wurde. Nach mehrtätiger Recherche stand fest, dass es sich bei "Christian Trott" in Wirklichkeit um Kristian Krummbeck handelte, der nach seinem Abitur zur Polizei gegangen ist.

Kristian K.
Kristian K. kommt aus dem Dorf Behrensdorf bei Kiel. Er ist auf das Gymnasium in Lütjenburg gegangen und hat dort 1998 Abitur gemacht. In der Schule spielte er in der Band "Brüllmücken" (später: "fast gelebt") Schlagzeug. Bereits gegen Ende seiner Schulzeit äußerte er mehrfach den Wunsch, zur Polizei zu gehen. Eine Person aus seinem früheren Umfeld hat bestätigt, dass er bis mindestens vor einem Jahr bei der Polizei war.

"Christian Trott" - Die Legende
Vor etwa einem Jahr ist "Christian Trott" in Hamburger Zusammenhängen aufgetaucht. Er behauptete, keine Ausbildung und kein Abitur gemacht zu haben und 22 Jahre alt zu sein. Zunächst habe er als Fahrer Geschäfte mit Fleisch beliefert. Diesen Job habe er verloren, nachdem er Ende Juli beim Diebstahl erwischt worden sei. Anderen Personen erzählte er, er habe einen Unfall gebaut. Er sagte, dass er nicht angezeigt worden sei und dass er kein Arbeitslosengeld beantragt habe. Nach seiner Entlassung habe er die Miete für seine Wohnung im Scheideweg 35a nicht mehr bezahlen können, woraufhin er zunächst zu seinem Vater nach Lübeck gezogen sei. Mehrere Angebote einer übergangsweisen Unterkunft in Hamburg lehnte er ab und verschwand im August für drei Wochen. Nach seiner Rückkehr Ende August erzählte er, dass er in einer Wohnung von einem Freund seines Vaters in Norderstedt untergekommen sei. Er sagte, er habe einen neuen Job bei der Fa. Hermes in Langenhorn gefunden. Zu seiner Tätigkeit dort machte er widersprüchliche Angaben: Einigen erzählte er, er würde wieder als Fahrer arbeiten, anderen wiederum, er arbeite im Ersatzteillager.
Nach Anfragen in beiden Hermes-Niederlassungen Langenhorns hat sich bestätigt, dass dort kein "Christian Trott" beschäftigt ist. Er war unter den Telefonnummern 040-99990078 und 0176-22065535 zu erreichen. Seine E-Mail-Adresse war S.PIRAT@gmx.de.

Es wird dazu aufgerufen Mail-Verteiler auf diese Adresse hin zu überprüfe. "Christian" hat hellblondes kurzes, zerzaustes Haar, blaue Augen, ist ca. 175cm groß, sportliche Erscheinung und ist zwischen 25 und 27 Jahre alt.

Die Vorgehensweise des Ermittlers
Im November 2003 kam er das erste Mal auf ein Treffen der Anti-Hartz-Gruppe, kurz darauf nahm er zusätzlich an den Treffen der FAU teil. Nachdem er am 7. Januar auf dem Widerstandsforum Personen der Hamburg-Umsonst-Kampagne kennen gelernt hatte, beteiligte er sich auch dort regelmäßig am Plenum. Bei den Treffen verhielt er sich zurükkhaltend und äußerte sich nicht inhaltlich, galt in allen 3 Gruppen allerdings als zuverlässig. Er nahm gern an Aktionen, Demonstrationen und vor allem an anderen Bündnistreffen teil, auf denen er sich als Delegierter der Anti-Hartz-Gruppe oder von Hamburg-Umsonst vorstellte.

Im Internet wird folgende Liste mit Kristians a.k.a. "Christians" Tätigkeiten verbreitet:

Seit November 2003: Anti-Harz-Gruppe
seit Dezember 2003: FAU-Plenum
seit Januar 2004: Widerstandsforum
seit Mitte Januar 2004: Hamburg-Umsonst-Plenum
31. Januar 2004: Antifa-Demo Barmbek
Seit Frühjahr 2004: Kneipenschichten im libertären Zentrum "Schwarze Katze", Teilnahme an Zentrumsplena & Strukturtagen
März/April 2004: Vorbereitungen zur sozialrevolutionären 1. Mai Demo April 2004: Plenum zur Räumung des Bauwagenplatzes Henriette
Mai 2004: Buko in Kassel
Juli und Ende August 2004: Bauwagenplatz Wendebecken-Plenum, - Demos und - Räumung
August/September 2004: sozialrevolutionäres Plenum und Vorbereitung Anti-Harz-Demonstration in Hamburg Wilhelmsburg
Insbesondere Oktober/November 2004: Vorbereitungen zu Agenturschluss, Teilnahme an bundesweiten Demos gegen Sozialabbau wie Berlin 02.10., Nürnberg 06.11

Zuletzt zeigte "Christian" Interesse am SZ in Norderstedt und an den Aktivitäten der attac-AG Sozialer Ungehorsam. In letzter Zeit versuchte er anscheinend darüber hinaus verstärkt persönlich Kontakte zu knüpfen. So spielte er Schlagzeug in einer Band und erkundigte sich nach freien Zimmern in politischen WG's. Außerdem versuchte er in den AStA hereinzukommen.

Tödlicher Brechmitteleinsatz in Bremen

Notarzt-Diagnose: "Ertrinken"
Drogendealer im St.-Joseph-Krankenhaus ist wahrscheinlich hirntot. Notarzt berichtet: Dem Mann wurde bei der Polizei so viel Wasser in den Magen gepumpt, dass es in die Lunge drang. Innensenator stoppt Brechmitteleinsatz bis auf weiteres.

Innensenator Thomas Röwekamp (CDU) hat gestern den zwangsweisen Einsatz von Brechmitteln bis auf weiteres ausgesetzt. Grund hierfür ist das Gedächtnisprotokoll des Notarztes, der in der Nacht des 27. Dezember im Polizeipräsidium dabei war, als ein mutmaßlicher Drogendealer aus Sierra Leone nach zwangsweiser Verabreichung von Brechmitteln ins Koma gefallen war (siehe taz von gestern). Dem Mann sei soviel Wasser in den Magen gepumpt worden, dass er es nicht mehr aufnehmen konnte und das Wasser in die Lunge eindrang, "und zwar in solchen Mengen, dass ein Stillstand der Atmung eintrat", so formuliert es der Anwalt des Notarztes. Noch an Ort und Stelle sei der Hirntod eingetreten.
Die Diagnose des Notarztes: "Ertrinken".

"Diese außergewöhnlich brutale Methode ähnelt eher einem langsamen Ertränken," so Anwalt Andree Osterwald, und "Es ist davon auszugehen, dass der Geschädigte an den Folgen der Behandlung sterben wird, falls dies nicht inzwischen geschehen ist".
Das St. Joseph-Krankenhaus, auf dessen Intensivstation der Mann seither liegt, machte gestern keine Angaben zu seinem Gesundheitszustand. Innensenator Thomas Röwekamp hatte noch am Dienstag in buten un binnen behauptet, der Mann leide unter einer schweren Vergiftung und sei nicht mehr in Lebensgefahr. Dazu hatte der Senator erklärt: "Den Schaden hat er sich selber zuzuschreiben."

Der Mann aus Sierra Leone hatte bei einer Kontrolle am Sielwalleck Drogenkügelchen geschluckt - insgesamt sieben Kügelchen mit je 100 Milligramm Kokain. Die sollten als Beweismittel wieder heraus. In einem speziell dafür ausgerüsteten Raum im Polizeipräsidium haben zwei Beamte den sich heftig wehrenden Mann fixiert, während ein Arzt vom Beweissicherungsdienst dem Mann eine Magensonde legte und ihm ein Brechmittel sowie Wasser verabreichte. Mit Geräten wurden seine Vitalfunktionen überprüft. Als eines davon ausfiel, alarmierte der Arzt den Notarzt. Der kam und bestätigte, dass die Werte des Mannes in Ordnung waren. "Der Mann wirkte sehr erschöpft", erinnert sich der Notarzt, "der Kollege versicherte, er habe da Erfahrung, dieses Klientel würde immer so tun als seien sie bewusstlos, um ein Ende der Maßnahmen zu erreichen."
Der Polizeiarzt bat den Notarzt zu bleiben, weil die Magenspülung noch nicht beendet sei."
Der Kollege legte dem Mann eine Magensonde und befüllte diese mittels einer sehr großen Spritze mit Leitungswasser. Er füllte drei oder vier Spritzen hinein und ich erkundigte mich, ob er das Wasser auch wieder ablassen wolle. Er antwortete, er werde den Magen so weit mit Wasser befüllen, bis der Patient erbricht. Sowohl der Kollege wie auch die beiden Polizeibeamten vermittelten den Eindruck, als sei dies absolut übliches Vorgehen." Das wurde mehrfach wiederholt. Dann "wirkte der Mann sehr matt und einem der Polizisten fiel auf, dass er nur noch sehr flach, fast gar nicht mehr atmete".

Da versuchte der Notarzt die Reanimation, die ihm - zu spät - gelang.

"Sehr ernsthafte Fragen" werfe diese Darstellung auf, so Senator Röwekamp gestern, "sehr ernste Zweifel, ob die Verabreichung richtig erfolgt ist." Von einer Vergiftung gehe er nicht mehr aus. Auch die Darstellung des Polizeiarztes und dessen Vorgesetzten, des Gerichtsmediziners Dr. Michael Birkholz, der Mann habe Erbrochenes verschluckt und es entgegen menschlicher Reflexe nicht wieder ausgehustet, gehört zu dem, was nun "ernsthaft geprüft" wird.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt erst seit Dienstag - vorher hatte sie von dem Vorfall offenbar nicht erfahren."
taz Bremen vom 6.1.05.

Mittlerweile ist der Mann aus Sierra Leone verstorben und die Staatsanwaltschaft hat Ermittlungsverfahren eingeleitet - gegen den Notarzt, aufgrund dessen Anzeige der ganze Vorgang überhaupt erst in die Öffentlichkeit gelang, und gegen den durchführenden Arzt.
(die Redaktion)

Bleiberecht für Akubuo

11 Jahre Verfolgung müssen beendet werden

Der Nigerianer Akubuo Anusonwu Chukwudi ist ein Aktivist der ersten Stunde in der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen. Schon seit langem setzt er sich für die Menschenrechte von Flüchtlingen ein. Doch nicht nur bei den bundesweiten Kampagnen der Karawane ist Akubuo stets aktiv. Auch vor Ort, in Mecklenburg Vorpommern, macht er bereits seit Jahren die menschenunwürdigen Zustände öffentlich, unter denen Flüchtlinge leben müssen. Für die lokalen Behörden ist er auf diese Weise zum öffentlichen Feind geworden. Vor kurzem hat Akubuo nun die Aufforderung erhalten, Deutschland innerhalb von 4 Wochen verlassen zu müssen.

Im Oktober 1993 stellte Akubuo einen Asylantrag in Deutschland. Bis Anfang 2003 musste er in der von ihm als "Dschungelheim" bezeichneten Unterkunft Peeschen inmitten eines großen Waldgebietes im Landkreis Parchim/Mecklenbug-Vorpommern leben. Der bauliche Zustand dieses Lagers war katastrophal, die nächste Bushaltestelle lag vier Kilometer entfernt, der nächstgelegene Lebensmittelladen etwa 10 Kilometer. Nicht zuletzt Akubous zahlreichen Initiativen und Widerstandsaktionen ist es zu verdanken, dass er vor 1 _ Jahren zusammen mit den anderen Flüchtlingen aus Peeschen in die Kleinstadt Parchim übersiedeln konnte. So sehr dieser Umzug eine Verbesserung gewesen ist, auch in Parchim werden Flüchtlingen grundlegendste Rechte verweigert, etwa das Recht, den Landkreis ohne Erlaubnis der Behörden zu verlassen ("Residenzpflicht") oder das Recht, eine eigene Wohnung zu beziehen. Doch vor allem die Tatsache, dass es mit "Tramm" noch ein weiteres "Dschungelheim" im Landkreis Parchim gibt, ist für Akubuo untragbar. Er hat deshalb bis heute nicht von seinem Kampf gegen Diskriminierung und Ausgrenzung von Flüchtlingen abgelassen.

Als Akoubo 1993 nach Deutschland kam, lag hinter ihm die Flucht vor brutaler Repression durch das Abacha-Militärregime in Nigeria. Jahrelang war er gegen das Regime aktiv. Im Juni 1993 fanden in Nigeria Präsidentschaftswahlen statt. Als das Militärregime die Wahlen annulierte, kam es zu Massenprotesten der betrogenen Bevölkerung. Das Militär wurde losgeschickt, den Widerstand zu zerschlagen. Bei einer Demonstration in der Hauptstadt wurden 30 Menschen getötet, als die Soldaten begannen, in die Menge zu schießen. Viele Demonstranten wurden verletzt. Es gab massenhaft Verhaftungen. Mit einer Schußverletzung am Ober-arm gelang Akubuo die Flucht.

In der Erwartung, aus dem Exil heraus weiter für gesellschaftliche Veränderung in Nigeria kämpfen zu können, wurde Akubou in Deutschland von einer Bürokra-tie überrollt, die Flüchtlingen prinzipiell feindlich gegenüber steht. Die repressive und rassistische Situation im Landkreis Parchim trieb ihn erneut zur Flucht. Er verließ den Dschungel in Mecklenburg-Vorpommern und kam bei einem Freund in Schleswig-Holstein unter. In dieser Zeit wurde sein Asylantrag abgelehnt. Ohne materielle Grundlage und ohne rechtlichen Beistand konnte er keine Rechtsmittel einlegen. Schließlich geriet er in eine Polizeikontrolle und kam in Abschiebehaft. Im Gefängnis wurde er abermals traumatisiert. Er kämpfte um sein Leben und wurde bedroht, beleidigt, geschlagen und gegen seine Willen mit hochdosierten Psychopharmaka "ruhig gestellt". Noch heute leidet er unter den Folgen dieser Behandlung.

Verhaftung in Bremen

Der Abschiebungsversuch scheiterte und er wurde in das Barackenlager in Peeschen zurückgebracht. Akubuo beschloß, sich fortan für Menschenrechte von Flüchtlingen in Deutschland zu engagieren. Er schloß sich der Flüchtlingsorganisation "The VOICE Refugee Forum" mit Sitz in Jena an und kämpfte für die Schließung des "Dschungelheims" in Peeschen und ähnlich miserabler Unterkünfte, gegen das Gutscheinsystem, gegen die Residenzpflicht, die Flüchtlingen das Verlassen ihres Landkreises verbietet und gegen Abschiebungen. Er koordinierte außerdem die Öffentlichkeitsarbeit über die politische Situation und die Menschenrechtslage in Nigeria.

1998 nahm er an der ersten Tour der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen durch ganz Deutschland teil und kam dabei mit politisch aktiven Flüchtlingen verschiedenster Herkunftsländer aus dem ganzen Bundesgebiet in Kontakt. Kurz nach der Karawane-Tour wurde er erneut in Abschiebehaft genommen. Eine intensive Faxkampagne durch die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen erreichte schließlich, daß das Verwaltungsgericht unmittelbar vor seiner Abschiebung einen Abschiebeschutz bis zur Hauptverhandlung seines Asylfolgeverfahrens aussprach. Akubuo setzte sein politisches Engagement fort, und die Zustände in seinem Flüchtlingslager erregten zunehmend öffentliche Aufmerksamkeit. Dann hob im Sommer 2000 das Verwaltungsgericht in einer rechtlich möglichen, doch völlg unüblichen Weise Akubuos Abschiebeschutz wieder auf, ohne daß es zu einer Anhörung in seinem laufenden Asylverfahren gekommen wäre.

Unbefristeter Hungerstreik

Im November darauf wurde er schließlich im Büro der damaligen Bundeskoordinatiosstelle der Karawane in Bremen, dem "Internationalen Menschenrechtsverein", verhaftet.

Ab diesem Moment begann er einen unbefristeten Hungerstreik, der schließlich 26 Tage dauern sollte und gesundheitlich ziemlich bedrohlich gewesen ist. In diesen 26 Tagen, die er in Abschiebehaft war, initiierte die Karawane eine internationale Kampagne - verbunden mit fast täglichen Aktionen in Schwerin und anderen Städten. Die Kampagne erhielt eine sehr breite Unterstützung, auch von namhaften Persönlichkeiten des politischen und kulturellen Lebens, wie z.B. dem Team der TV Serie "Die Lindenstraße". Am Ende kam Akubuo in ein Krankenhaus und begab sich anschließend für etwa drei Monate ins Kirchenasyl in Schweriner Kirchengemeinden. Seitdem hat er wieder monatliche Duldungen bekommen.

Kampf gegen die Residenzpflicht

Infolge seines Engagements für die Menschenrechte und seiner Weigerung, Rassismus zu akzeptieren, kommt er ständig in Konflikt mit den Behörden. Er ist mit mehreren Prozessen, Bußgeldern und Strafanträgen konfrontiert, weil er gegen die sogenannte "Residenzpflicht" verstoßen und gegen das Gutscheinsystem protestiert hat. Kompromißlos auf die Anerkennung der Menschenrechte beharrend, weigert sich Akubuo beharrlich, die gegen ihn verhängten Strafen zu bezahlen. Zu bezahlen würde für ihn bedeuten, die Verletzung der Menschenrechte anzuerkennen und somit der Absurdität rechtzugeben, als Opfer dieser Menschenrechtsverletzungen auch noch bezahlen zu müssen.

Dass Akubou gerade jetzt abgeschoben werden soll, ist alles andere als Zufall: Im Sommer 2004 hat die bundesweite Anti-Lager-action-Tour auch im Landkreis Parchim Station gemacht. In unmittelbarer Nähe des Dschungelheim Tramms (welches Ende diesen Jahres endgültig geschlossen werden soll) protestierten 300 AktivistInnen 4 Tage lang mit einem Aktionscamp gegen die Ausgrenzung und Isolation von Flüchtlingen in Lagern. Akubou ist einer der tragenden AktivistInnen der Anti-Lager-action-Tour in Mecklenburg-Vorpommern gewesen. Dafür wird ihm jetzt die Quittung präsentiert. Wie schon so oft möchten die Behörden Widerstand von Flüchtlingen bereits im Keim ersticken. An Akubou soll deshalb ein abschreckendes Exempel statuiert werden. Ohne uns! Wir rufen alle Menschen auf, sich auf jede nur erdenkliche Weise für Akubuo einzusetzen. Er ist immer gegen Unrecht aufgestanden und sein Kampf war immer ein Kampf für die gesamte Menschheit. Akubuos Recht auf einen gesicherten und dauerhaften Aufenthalt in Deutschland muss endlich durchgesetzt werden.

Die Kampagne für Akubuo kostet viel Geld. Steuerlich absetzbare Spenden sind willkommen auf folgendem Konto: Medizinische Hilfe für Flüchtlinge Bielefeld e.V., Sparkasse Bielefeld, BLZ: 48050161, Kontonummer: 75102905

Unterstützt Akubou! Abschiebungen stoppen! Bleiberecht für alle

Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen

Die "4 von Aachen"

Verfahrensstand 20.12.04

Nachrichten über die " 4 von Aachen "

-Am 12.Okt.04 wurde Begoña Pombo Da Silva in vorläufige Freiheit entlassen. Bis jetzt wird gegen sie der Vorwurf der Teilnahme an mehreren Raubüberfällen aufrecht erhalten : dieser Vorwurf wird vor Gericht erhoben werden. Es fehlt jedoch anscheinend an genügenden Beweisen für die insgesamt 14 Banbküberfälle die ihr angelastet werden (die ZeugInnen erkannten Begoña nicht " wieder ") - aufgrund dieser Umstände befindet sie sich momentan in : " Freiheit unter Auflagen "

- José Fernandez Delgado wurde von der JVA -Wuppertal in das Gefängnis von Bielefeld verlegt; seine dortige, neue Adresse ist : Jose Fernandez Delgado, JVA Bielefeld-Brackwede I, Umlostraße 100, 33649 Bielefeld, Allemagne/ BRD.

Auch wenn es heisst, der Knast in Bielefeld sei weniger streng, leidet José am meisten unter Isolation da er kein Deutsch spricht, sondern nur seine Muttersprache :Castellano. Er hat deshalb keine Chance mit anderen Gefangenen zu kommunizieren oder Nachrichten im Radio zu verstehen.. Er braucht ganz dringend Bücher, Zeitungen, Informationen ... in Castellano.

Der spanische Staat hat einen Antrag auf Auslieferung_ Gabriel Pombo sa Silva's gestellt. Momentan kennen wir die Gründe für diese Erweiterung (der Anschuldigungen) noch nicht. Aber in jedem Fall ist es unwahrscheinlich, dass die BRD diesem Antrag entsprechen wird. Gabriel muß zuerst in Deutschland verhandelt werden und zumindest einen Großteil seiner Strafe hier verbüssen . (Dazu wichtig : AUSLIEFERUNG INNERHALB DER EU : www.de.indymedia.org/2004/08/89417.html)

Am 17.Dez. gab die_ Staatsanwaltschaft Aachen bekannt, dass die Ermittlungen gegen die beiden GenossInnen aus Dresden - ohne Konsequenzen - eingestellt worden sind.
Aus der Erklärung der Roten Hilfe Dresden : " Die Staatsanwaltschaft hat mit der schweren Verletzung der Rezidenz aufgrund ihrer Irrtümlichkeit die gravierende Verletzung eines fundamentalen Rechtes begangen und dies auf der Basis vager Verdächtigungen.

Wir sehen dies allein im Vorwurf unserer Zugehörigkeit zum Umfeld der extremen Linken begründet. Wir sind Etliche, die in diesem Fall eine Besuchserlaubnis beantragt haben, wie z.B. gleichzeitig die Caritas Dresden; die Gründe dafür, Ermittlungen anzustrengen können nicht allein auf Mutmaßungen basieren.

Die Behauptung einer KomplizInnenschaft seitens der Staatsanwaltschaft wegen der beantragten Besuchserlaubnis sofort nach den Verhaftungen ist nicht minder absurd. Diese Anschuldigungen sind aber exakt, was durch die Staatanwaltschaft Aachen, das Landesgericht und später das Staatsgericht in Aachen völlig verfrüht in die Wege geleitet und als Basis für die Ermittlungen und die Registrierung/ Datenerfassung ec. benutzt worden ist.

Innerhalb desselben Zeitraumes wurde die Akte der Anklageerhebung abgeschlossen. Sie umfaßt 31 Seiten und 6 voneinander unabhängige Punkte der Anklage:

1. José und Begoña sind angeklagt - des bewaffneten Banküberfalles am 18.06.04 in Karlsruhe

2. Begoña, José, Gabriel y Bart sind angeklagt - einen oder mehrere Banküberfälle in Dresden geplant / vorbereitet zu haben

3. Begoña, José, Gabriel und Bart sind angeklagt - des bewaffneten Widerstandes gegen die Polizei / Staatgewalt

4. José, Gabriel und Bart sind angeklagt - der Entführung; des Autodiebstahls; des versuchten Mordes (während der Verfolgung zielte Gabriel 4 Mal warnend gegen die Polizei); des schweren Verstoßes gegen die Strassenverkehrsordnung und der Gefährdung der Leben anderer (während des Unfalls wurde eine Person leicht verletzt)
5. José, Gabriel und Bart sind angeklagt - des zweifachen Mordversuches (während des Verlassens des Wagens schoß Gabriel 3 Mal über (nicht auf) den Wagen der Polizei; der Todesdrohung; des schweren Fahrzeugdiebstahles (während der Flucht wurde ein weiteres KFZ angeeignet, nachdem dessen Fahrer zum Aussteigen aufgefordert worden war)

6. Begoña ist angeklagt - des gewaltsamen Widerstandes in Folge ihrer Verhaftung (anscheinend leistete sie diesen Widerstand während der erkennungsdienstlichen Behandlung (!?)...).

In der Akte der Anklage steht audserdem :
" Alle Beschuldigten machten/machen von ihrem Recht der Aussageverweigerung Gebrauch " und, dass die Kontakte der Beschuldigten untereinander aufgrund ihrer Bekanntheit/ Bekanntschaften im Umfeld der extremen Linken und über das Internet zustande kamen. "
Und weiter: " Die Angeklagten Gabriel Pombo da Silva y José Luis Fernandez Delgado bezeichnen sich selbst als Anarchisten und erlangten intensive Kontakte zu ihnen ideologisch nahestehenden Personen während der Zeit vor ihrer in Sicherungshaftnahme. Bart De Geeter muß als eine dieser Personen angesehen werden " .....

ES IST WICHTIG ZU WISSEN, dass das Abschließen der offiziellen Anklagen nicht notwendigerweise zu einer Einstellung weder der Erhebung weiterer Anschuldigungen noch weiterer Ermittlungen führen muß ....

Die Staatsanwaltschaft hat die Instruktionen beendet - das Verfahren wird weitergführt unter Verantwortung des Landesgerichtes

Die Direktanschrift der drei sich in Haft-Befindlichen hat sich geändert. (Wer erst kürzlich Post an sie/ an die alte Adresse gesandt hat, muß sich nicht beunruhigen: die Briefe müssen ohne Probleme ankommen).

Von diesem Punkt des Verfahrensstandes ausgehend, kann mit dem Beginn der Verhandlungen in zwei oder drei Monaten gerechnet werden.

Die neue, dirkete Adresse der Gefangenen lautet:

Name des Inhaftierten
AZ: 52 KS 22-04
Landgericht Aachen
Postfach
52034 Aachen
Allemagne / BRD

HEGA die Schreckliche?

Wir sind ein weiterer Zusammenhang, der sich recht intensiv mit den Ereignissen der letzten Monate – nicht nur – in Hamburg und der daraus unter anderem resultierenden so genannten »Hamburger Erklärung« (HEGA) beschäftigt hat. Wir befinden uns, soweit wir das überblicken können, in zahlreicher Gesellschaft und wie an vielen anderen ist auch an uns die Auseinandersetzung nicht spurlos vorüber gegangen. Innerhalb unserer Diskussionen zeigte sich schnell, dass es einen Konsens bezüglich des in der Erklärung entworfenen Argumentationsganges nicht gibt. Auch das mag bekannt vorkommen. Die eine Seite trug in unterschiedlicher Vehemenz verschiedene Kritikpunkte vor, um die Frage nach einer möglichen Unterstützung letztlich abschlägig zu beantworten. Eine andere – eine Minderheitenposition – äußerte die Ansicht, dass das Papier unter allen Umständen unterzeichnet werden sollte. Zwischen diesen beiden Positionen, die tatsächlich ein ganzes Spektrum unterschiedlicher Meinungen und Haltungen umfassen, gab es – wie auch sonst überall in einer auf Polarisierung zugeschnittenen Diskussion – kaum mehr etwas zu vermitteln. Ob die einen die Intention des Papiers oder nur die Illustration des Problems falsch fanden und die anderen das Papier super oder nur supernotwendig, das konnte kaum ermittelt werden und führte im Resultat sogar zu personellen Konsequenzen.

Umso nachdringlicher sahen wir die Notwendigkeit die Diskussion fortzuführen, im Rahmen dieser Auseinandersetzung eine kurze und natürlich immer mangelhafte Stellungnahme abzugeben, warum wir die Diskussion über Antisemitismus und eine entschiedene Positionierung gegen Antisemitismus für wichtig erachten, die »Hamburger Erklärung« aber dennoch nicht unterschrieben haben. Unsere hier formulierte Kritik bezieht sich dabei in erster Linie auf die Konzeption der Erklärung und gründet sich auf folgende Punkte.

1. Die politische Bestimmung der Erklärung?

Ohne Zweifel stellt Antisemitismus innerhalb der Linken einen »blinden Fleck« dar. Die Formel dabei lautet: je mehr es um die eigene linke Verfasstheit und Identität geht, desto kurzsichtiger wird die Wahrnehmung. Man weiß, dass man eine Brille braucht, aber scheut den Gang zum Augenarzt oder versteigt sich gleich zu der Behauptung, die Welt sei eben so weichgezeichnet. Der »blinde Fleck« ist also zweifach bestimmt. Die einen behaupten weiterhin, bestimmte von ihnen getätigte Aussagen und eingenommene Positionen seien gar nicht antisemitisch, die anderen scheuen die Auseinandersetzung mit diesen Positionen, weil sie den politischen Bruch, der ja quer durch alle Zusammenhänge und Strukturen verlaufen kann und verläuft, vermeiden wollen.

Unter anderem führte dies in der jüngeren Vergangenheit zu verschiedenen Vorfällen und bei den meisten dieser Vorfälle zu Nichtverhalten und Indifferenz weiter Teile der hiesigen radikalen Linken. Beispielhaft verweisen wir auf die Auseinandersetzungen innerhalb von FSK in den Jahren 2000 bis 2002, die zwar zu erheblichen internen Umstrukturierungen, in weitaus geringerem Maße aber zu politischen Konsequenzen außerhalb der Senderstruktur geführt haben. Wir erinnern auch an die Auseinandersetzungen bei der antifaschistischen Demonstration am 31.1.2004 in Hamburg, an der sich – exemplarisch wird dies deutlich am Verhalten des VeranstalterInnenbündnisses – das inhaltliche Desaster der Linken an diesem Punkt gezeigt hat. Ganz grundsätzlich unterstützen wir auch vor diesem Hintergrund die in der HEGA formulierte Forderung, dass für eine radikale Linke eine klare Position gegen Antisemitismus zwingend notwendig ist. Sie muss zum Ziel haben, antisemitische Vorfälle nicht zu tolerieren und an diesem Punkt Auseinandersetzung und Kritik und schließlich »Handlungsfähigkeit« zu entwickeln. Dies allerdings kann nichts anderes heißen, als zu klären, was unter Antisemitismus zu verstehen ist und in diesem Prozess eine Position zu entwickeln, die von einem denkbar großen Konsens getragen wird. Wir unterstützen eine solche Forderung als ein Grundmoment linksradikaler Politik. Wir sind aber gleichzeitig der Auffassung, dass die in der HEGA vorgetragenen Konkretisierungen nicht in dieser dekretierten Form am Anfang einer Auseinandersetzung darüber stehen können, was Handlungsfähigkeit überhaupt bedeutet, sondern als ihr Ergebnis.

2. Eine tatsächlich unvollständige Chronologie?

Wie ein bestimmtes Deutungsmuster der Ereignisse als objektive Wahrheit etabliert wird, um das Feld der notwendigen Auseinandersetzung im Vorfeld diskursiv abzustecken, zeigt sich in besonderem Maße an der abgedruckten Chronologie, die – wenn auch ganz anders als intendiert – tatsächlich unvollständig bleibt. Die Chronologie macht es sich, unausgesprochen, zur Aufgabe, antisemitische Vorfälle in der Hamburger Linken zu dokumentieren, um somit die Notwendigkeit der Erklärung in der aktuellen Situation zu fundieren. Für eine solche Darstellung, verbunden mit dem politischen Gegenstand des Papiers, ist es sicherlich nicht notwendig, der komplexen Konfliktlage innerhalb der Linken, die sich auf Antisemitismus, aber auch auf den Israel/Palästina-Konflikt fokussiert und den dahinter verlaufenden grundsätzlichen politischen Fragen in Gänze gerecht zu werden. Allerdings entsteht in der Form der Präsentation vor allem der Eindruck, der in Hamburg ausgetragene Konflikt stelle sich derart eindimensional dar. So werden Ereignisse rubriziert und implizit in Richtung »Indikatoren für Antisemitismus« aufgelöst, die sich in der hier vorgetragenen Bestimmtheit der Deutung nicht erschöpfen.

Im Einzelnen:

- Zur Darstellung der Demo vom 31. Januar 2004. Außer Zweifel ist, dass es am Beginn der Demonstration einen gewalttätig ausgetragenen Konflikt zwischen Teilen der Demospitze und einer Gruppe gegeben hat, die deutlich sichtbar Fahnen Israels mit sich führte. Wie dieser Vorfall konkret zu bewerten ist, ist ohne zusätzliche Informationen jedoch nur bedingt zu beantworten: Wie steht es um die unterschiedlich begründeten Konflikte, die es ohnehin bereits zwischen einzelnen an der Vorbereitung beteiligten Zusammenhängen gegeben hat? Wie steht es um die auch in der HEGA erwähnte Tatsache, dass die Gruppe unter anderem USA-Fahnen mitführte, was uns, vorsichtig ausgedrückt, nicht ganz unproblematisch erscheint? Wie steht es um eine hiesige Demonstrationskultur, die durch ihren hohen Grad der Verregelung eben schon im Vorfeld festlegt, wer vorne geht und wer nicht?

- Unzweifelhaft ist auch, dass zumindest eine Gruppe der im vorderen Teil der Demonstration gehenden Zusammenhänge ihr gewalttätiges Verhalten explizit auf die Zurschaustellung der Israelfahne gründete und mit entsprechenden Parolen illustrierte. Dieses Verhalten ist scharf zu verurteilen und darf nicht ohne Konsequenzen bleiben. Entsprechend zu kritisieren ist damit auch das Verhalten der konkret vor Ort anwesenden Zusammenhänge, wie auch das Verhalten der Demovorbereitung. Sie haben sich mit dem Fahnenverbot vollständig auf eine vordergründig technische Argumentation zurück gezogen und mit dieser politischen Bankrotterklärung bewiesen, dass auch sie auf ihre Art nicht gewillt oder in der Lage sind, den Kontext der Auseinandersetzung zu erfassen.
- In der HEGA wird behauptet, einzelne DemonstrationsteilnehmerInnen hätten Parolen wie »Intifada« und »Juden raus« gerufen. Propalästinensische und antiisraelische Parolen sind belegt, die Parole »Juden raus« jedoch bis heute nicht. Man mag diesen Einwand kleinlich finden und uns vorwerfen, wir verstünden die Dimension des in der HEGA skizzierten Problems nicht. Wir wiederum verstehen nicht, warum an dieser Stelle aus offenbar rein dramaturgischen Gründen dann doch auf die Figur eines expliziten Antisemitismus, des Hasses auf »die Juden« zurück gegriffen wird, der in der Linken ja gerade keine Deckung und

Rechfertigungen erfährt. Bei aller politischen Distanz zu Positionen, die sich positiv auf die Intifada beziehen, bei aller möglichen Nähe antizionistischer Positionen zum Antisemitismus, sie sind zudem nicht einfach das Selbe. Wenn sie aber nicht das Selbe sind, ist auch die jeweils unterstellte Toleranz gegenüber solchen Parolen nicht einfach unterschiedloser Beleg für die generell desinteressiert bis sympathisierende Haltung »der« Linken gegenüber antisemitischen Äußerungen.

- Zur Demo vom 24. April. Die Demo vom 24. April wird in der HEGA als »kleine Demo« hinsichtlich der dort verhandelten Inhalte paradoxerweise in ihrer Bedeutung relativiert. Dass mit ihr letztlich ein ganzes Geflecht von Konflikten und Konkurrenzen innerhalb der »Szene« zum Ausdruck gebracht wurde, dokumentiert sich über die gehaltenen Redebeiträge als auch über die Route der Demonstration. Diese Aspekte werden in der Erklärung kurzerhand ausgeblendet. Entsprechend kommen Übergriffe auf TeilnehmerInnen im Anschluss an die Veranstaltung lediglich so zur Darstellung, als gründeten sie allein auf den Verdacht, die Angegriffenen hätten eine pro-israelische Position eingenommen. Der Unmut gegen diese Demo, die nicht weniger als die Verteidigung des Staates Israels gegen seine weltweiten Feinde proklamierte, um sich dann praktisch der autonomen Szene, ihrer verblendeten Weltsicht, dem schlechten Vokü-Essen und den bedenklichen Musikdarbietungen in der Flora zu widmen, wird lediglich unter dem Begriffspaar Antizionismus/Antisemitismus aufgelistet. Mit keinem Wort wird in der HEGA auf die – wie auch immer schlechten – Begründungen zum Beispiel aus Antifakreisen eingegangen, die ihre Ausgrenzungsbestrebungen u.a. mit der auf der Demo präsentierten Airborne-Division-Fahne und dem Argument rechtfertigten, wer gegen die Linke demonstriert, habe an linken Orten auch nichts zu suchen.

Uns zeigen die Vorfälle und ihre jeweilige Wahrnehmung, wie erschreckend gering die allgemeine Bereitschaft und Fähigkeit entwickel sind, Ereignisse und die eigenen darin erfolgten Handlungen zu kontextualisieren. Eine solche Kontextualisierung aber würde erst dazu beitragen, den Charakter des Konfliktes besser zu verstehen. So war die Demo vom 24. April zweifellos eine Antwort auf die Indifferenz, mit der die Linke mit Antisemitismus umgeht, aber sie war eben auch Ausdruck eines innerlinken Zerwürfnisses, das weitaus mehr umfasst als die Frage, wie Antisemitismus zu bekämpfen ist. Die später gegen mutmaßliche DemoteilnehmerInnen ausgesprochenen Kneipenverbote waren keine antisemitischen Vorfälle, diejenigen, die sie ausgesprochen haben, müssen sich jedoch darüber klar werden, dass ihr Handeln im Kontext einer Auseinandersetzung um Antisemitismus stattfand.
Man mag einwenden, eine solche Differenzierung sei dazu angetan, das Problem antisemitischer Positionen innerhalb der Linken zu kaschieren. Wir meinen dem gegenüber, eine solche Differenzierung kann zu einer größeren Trennschärfe beitragen, weil sie zwischen denen unterscheidet, die ein Problem mit der Auseinandersetzung haben und sie meiden und denen, die im Zentrum des Problems stehen. Wer nicht mehr behauptet, »die« Linke verweigere sich der Auseinandersetzung, muss auch nicht mehr in erster Linie mit dem politischen Bruch – mit der gesamten Linken – kokettieren. Differenzieren heißt für uns also auch ganz konkret, denen die politische Zusammenarbeit aufzukündigen, die am 24.4. die Demo mit entsprechenden Parolen gewalttätig angegriffen haben. Dies wäre eine klare Botschaft gewesen, die von einer Hamburger Erklärung hätte ausgehen können.

3. Antizionismus = Antisemitismus?

Auch wenn in der Hamburger Erklärung Antizionismus und Antisemitismus nicht explizit gleichgesetzt werden, so differenziert sie diese beiden Begriffe auch nicht, sondern bringt sie in ein Ableitungsverhältnis, das in dieser Einfachheit kaum haltbar erscheint. So wie auch nicht Erwähnung findet, dass es einen Antizionismus geben kann, der nicht antisemitisch konnotiert ist, etwa in den unterschiedlichen innerisraelischen Auseinandersetzungen zu diesem Thema, wird im Vollzug von Widerspruchsfreiheit auch auf alle weiteren Aspekte verzichtet, die den Anschein von Ambivalenz erzeugen könnten. Damit vergibt man sich jedoch die Möglichkeit, in der notwendigen Kritik des Antizionismus das spezifische Spannungsverhältnis zwischen einem Antizionismus als pervertiertem antifaschistischem Reflex, wie er für die hiesige Linke nach 1968 prägend war, und einem Antizionismus als zeitgenössischer Form des Antisemitismus darzustellen. Statt dessen operiert man mit einer Zuspitzung, an deren Ende einzig und allein eine bestimmte Haltung zum Staat Israel zum Indikator für die richtige Position gegen Antisemitismus wird. Dies allerdings bedeutet nichts anderes, als sich ein weiteres Mal von der eigenen fehlerhaften Geschichte abzuschneiden, anstatt sie zur Grundlage der Auseinandersetzung zu machen. Erneut wird die eigene Position durch die Verortung in einem vermeintlich widerspruchsfreien Außen konstituiert. Am Ende der Erklärung erscheint die Geschichte der deutschen Linken sogar als Abfolge bewusster Verweigerungen, wenn gefordert wird, »sich endlich ernsthaft (sic!) mit Antizionismus und Antisemitismus in der Linken zu befassen und beide in den eigenen Reihen zu bekämpfen«.
Antisemitismus bekämpfen zu können, setzt unseres Erachtens voraus, seine auch unter dem Antizionismus auftretenden Erscheinungsformen präzise zu benennen. Ganz unabhängig davon sind wir der Ansicht, dass Antizionismus in keinem Fall eine Option für die deutsche Linke darstellen kann und darf. Wir geben zu, dass wir an diesem Punkt vor allem Fragen haben und vor uns ein Feld von Ungenauigkeiten und Ambivalenzen sehen. Genau dies scheint uns jedoch auch der Kern der zu führenden Auseinandersetzung zu sein. Eine solche Befähigung zur (Selbst)Kritik wird hier allerdings leichtfertig über Bord geworfen, nicht zuletzt weil die HEGA zu Gunsten kohärenter Feindbild-Konstruktionen jegliche

diskursiven Verschiebungen ausblendet, die sich in den vergangenen Jahren innerhalb der Linken ergeben haben. Ihre Dringlichkeit bezieht sie so schlichtweg aus der Behauptung, es hätte sich rein gar nichts geändert.

4. Tabuisierung?

Im Kern der Behauptung, dass sich nichts geändert habe, findet sich der Begriff des Tabus. Der letzte Teil der Erklärung beschäftigt sich entsprechend ausführlich mit der Tabuisierung des Themas innerhalb der Linken. Aufgrund dieser Tabuisierung werde »eine Darstellung wie die obige nicht als Aufklärung, sondern als Liste verbotener Äußerungen gelesen«, was »ihrer Abwehr einen rebellischen Impuls verleiht«. Bezogen auf die Auseinandersetzung mit dem eigenen Antisemitismus besitzt eine solche These sicherlich einiges an Erklärungskraft und angemessener Provokation. Das zentrale Problem besteht allerdings in einem weit gehend inflationären und verwirrenden Gebrauch des Tabubegriffs. Das Tabu erscheint in der HEGA einerseits als ›verhindertes Bewusstsein‹, der Antisemitismus ist »dem Bewusstsein als Gegenstand der Reflexion entzogen«. Gleichzeitig wird die Tabuisierung aber auch als ›bewusste Verdrängung‹ gekennzeichnet, als »Anstrengung, die erkannten Schnittpunkte wieder vergessen zu machen«. Ohne Zweifel gibt es diese beiden Formen der Tabuisierung, aus ihnen erwachsen allerdings jeweils deutlich andere Konsequenzen, denn im einen Fall geht es um die Bewusstmachung des Tabuisierungsprozesses, im anderen Fall um den politischen Bruch mit Jenen, die bereits bewusst im Rahmen einer politischen Strategie tabuisieren, ausblenden, wegkürzen. Das Folgeproblem eines derart ungenau verwendeten Begriffs von Tabuisierung besteht darin, dass jede verkürzte Wahrnehmung der Welt im allgemeinen und des Kapitalismus im speziellen nicht nur zu Recht in Kritik, sondern fast schon in Zwangsläufigkeit unter Antisemitismusverdacht gerät. So entsteht der Eindruck, dass der Tabubegriff auch die Funktion erfüllt, etwaige Kritik welchen Inhalts auch

immer vorsorglich zu entwaffnen. Als Ausdruck einer argumentativen Kreisbewegung denunziert die HEGA nämlich jede andere Position, die den formulierten Mindeststandards nicht genügt, als Ausdruck der »Tabuisierung der eigenen (antisemitischen) Ressentiments«.

5. Differenzierung ist linke Beliebigkeit?

Der Gestus, mit dem jedes Nicht-Befolgen des hier empfohlenen »Minimalkonsenses« als erneute Tabuisierung des Ressentiments abgesichert wird, folgt einer letztlich einfachen Freund-Feind-Logik. Ihre Etablierung kann nur gelingen, wenn man die Mehrschichtigkeit des Konfliktes ausblendet. Die politische Intention und der sich daraus ergebende Nutzen liegen auf der Hand. Die HEGA tritt nicht nur als Proklamation von Minimalstandards auf, die das Feld der Auseinandersetzung entsprechend einhegen. En passant schreibt sie auch eine bestimmte Interpretation der Ereignisse fest, die nicht mehr hinterfragbar und damit der Auseinandersetzung entzogen ist. Dieser Punkt ist für uns zentral, weil es in der jetzigen Auseinandersetzung ja auch und vor allem darauf ankommt, Kräfteverhältnisse realistisch zu bestimmen. Die HEGA liefert darauf im Kern nur eine Antwort. Sie behauptet ein grundsätzlich vorhandenes Desinteresse innerhalb der Linken, sich mit dem Thema Antisemitismus auseinander zusetzen und kombiniert diese Behauptung mit der Verfügung eines ihrer Ansicht nach adäquaten Umgangs. Der proklamatorische Satz »das Problem ist und bleibt der Antisemitismus, nicht die Auseinandersetzung damit« entbehrt dabei angesichts der Diktion der Erklärung nicht einer gewissen Ironie. Wir sind der Auffassung, dass sich ein »Minimalkonsens« gegen Antisemitismus nur herstellen lässt, wenn der Raum für Auseinandersetzungen vor dem Ergebnis geöffnet wird. Die HEGA funktioniert jedoch als Schließung. So muss im Nebel bleiben, wer in dieser Auseinandersetzung Adressat und potentieller Verbündeter ist und wem gegenüber klare Grenzen gezogen werden müssen.

gruppe arachne im november 2004.

Für ein sorgfältiges Lesen

Zwei Anmerkungen zum Text "In Between" von Loge (Hamburg)

Über die Form, in der die Auseinandersetzung über Antisemitismus in der Linken momentan in Hamburg geführt wird, ist bereits Vieles gesagt worden, was hier nicht wiederholt werden muss (verweisen ließe sich z.B. auf das Papier "HEGA die Schreckliche?" von arachne). Hier sollen lediglich zwei bestimmte Muster der aktuellen Auseinandersetzung anhand des in der Zeck von November/Dezember 2004 veröffentlichten Textes "In Between" von Loge (Hamburg) im Detail nachgezeichnet und kritisiert werden. Dieser Text stellt dabei nicht den Anspruch, eine ausführliche Kritik des gesamten Textes der Loge zu leisten, sondern beschränkt sich auf zwei Argumentationslinien dieses Textes, von denen die eine vor allem relativ am Anfang und die andere vor allem am Schluss des Textes auftaucht. (Die Seitenangaben beziehen sich auf Seite, Spalte und Absatz in der Zeck; die Hervorhebungen in den Zitaten sind immer von mir.)

1. "Das Hauptproblem" oder schlicht: "Das Problem"

Der Text von der Loge ist zum größten Teil eine Kritik am Diskussionspapier "The Good and the Evil" vom Plenum der Roten Flora. Über dieses Papier schreibt die Loge im ersten Teil ihres Textes:

"Neben vielen guten und richtigen Gedanken wird hier wird an prominenter Stelle, nämlich u.a. durch Titel und Adorno-Schlusszitat, nahegelegt, dass das Hauptproblem das Freund-Feind-Denken sei: was dem Antisemiten sein Ressentiment gegen alles jüdische, ist also den Antideutschen ihre Identifikation mit Israel." (23, 2, 2)

Interessanterweise spricht das Papier des Flora-Plenums an keiner Stelle von einem "Hauptproblem". In dessen erstem Teil werden drei "Bestandteile des Antisemitismus", die "für eine Auseinandersetzung innerhalb der deutschen Linken zentral" seien, thematisiert: Antisemitismus als kultureller Code, verkürzte Kapitalismus-Kritik und Schuldabwehr. In allen diesen drei Bestandteilen spielt anscheinend ein Freund-Feind-Denken eine Rolle, aber dass "das Freund-Feind-Denken" deshalb "das Hauptproblem" sei, wird dort weder explizit behauptet, noch ergibt sich dies implizit aus der Argumentation.

Laut der Loge wird es aber "an prominenter Stelle, nämlich u.a. durch Titel und Adorno-Schlusszitat, nahegelegt". Für diese Formulierung bieten sich zwei Lesarten an: Wenn wir sie wörtlich lesen, dann soll also "an prominenter Stelle", nämlich im Titel und im Schlusszitat ein "Hauptproblem" nahe gelegt werden. Dementsprechend würde sich die Kritik von Loge nicht nur gegen das Papier des Flora-Plenums richten, sondern auch gegen den Text von Adorno, der dementsprechend "an" der zitierten "Stelle" auch nahe legen würde, "das Hauptproblem" sei "das Freund-Feind-Denken". Hier wird deutlich, dass eine solche Kritik nur funktionieren kann, wenn einzelne Text-Passagen unabhängig vom Kontext, innerhalb dem sie auftreten, gelesen werden. Nur wer den Titel und das Schlusszitat im Flora-Papier unabhängig vom Haupttext liest, kann zu dem Schluss gelangen, der Titel oder das Schlusszitat legten nahe, dass "das Freund-Feind-Denken" "das Hauptproblem" sei.

In einer zweiten – vielleicht plausibleren - Lesart der zitierten Formulierung der Loge könnte das Wort "durch" starkgemacht werden: Demnach bestünde die Kritik der Loge eher darin, dass dadurch, dass "an prominenter Stelle" ein "Freund-Feind-Denken" thematisiert wird, nahe gelegt wird, dass es sich dabei um "das Hauptproblem" handele. Dem würde dann offenbar die Annahme zugrunde liegen, dass sich Titel und Schlusszitat eines Textes immer auf ein vermeintliches "Hauptproblem" oder Hauptthema beziehen müssen, was sich an unzähligen Texten widerlegen ließe: Zum Glück gibt es keine wirksame sprachliche Norm, die derlei vorgibt.

In beiden Fällen funktioniert die Argumentation dafür, im Papier des Flora-Plenums würde nahegelegt, das Freund-Feind-Denken sei "das Hauptproblem" der aktuellen Auseinandersetzung um Antisemitismus in der Linken, nur über eine Ausblendung des Gesamtzusammenhanges des Textes. Da aus dem Rest des Loge-Papiers hervorgeht, dass die Loge das Flora-Papier als Ganzes und nicht nur den Titel und das Schlusszitat gelesen hat,

stellt sich die Frage, wie es zu dieser Ausblendung kommt. Die folgende Passage gibt einen Hinweis:

"Mit einer Darstellung wie der eben beschriebenen [der Darstellung im Papier des Flora-Plenums] erscheinen jedoch die Antideutschen als Parallelphänomen zum Antisemitismus. [...] Das politische Problem ist nicht das Lagerdenken, das Problem ist nicht, dass sich zwei Lager jeweils als Gut und die anderen als Böse projizieren. Das Problem ist, dass es Leute gibt, die weiterhin mit antisemitischen Stereotypen im antizionistischen Gewand hantieren." (23,2,2 – 23,3,1)

Abgesehen davon, dass hier im Dunkeln bleibt, wen die Loge meint, wenn sie über "die Antideutschen" redet, erklärt sich hier, wie die Loge dazu kommt, dem Flora-Papier ein "Hauptproblem" unterzuschieben: In den Augen der Loge gibt es in der Auseinandersetzung um Antisemitismus kein Geflecht verschiedener, sich überlagernder Probleme, nicht einmal eine kleine Anzahl nebeneinanderstehender Probleme, sondern nur: "Das Problem". In dieser Perspektive werden praktischerweise die verschiedenen Ebenen der Auseinandersetzung auf genau eine reduziert. Wenn dann von Anderen wie z.B. dem Flora-Plenum auch andere Ebenen problematisiert werden als die, auf der die Loge "das Problem" lokalisiert hat, dann kann die Loge wissend erklären, dass "das Problem" verfehlt wurde. In dieser eindimensionalen Sichtweise wird dann aus dem Problematisieren eines Freund-Feind-Denkens ohne Umwege, dass damit "die Antideutschen als Parallelphänomen zum Antisemitismus" "erscheinen" und: "was dem Antisemiten sein Ressentiment gegen alles jüdische, ist also den Antideutschen ihre Identifikation mit Israel." – nämlich die Ausblendung aller Differenzen, die auf anderen Ebenen als der des Freund-Feind-Denkens liegen. Die Vielschichtigkeit des Flora-Papiers wird hier sofort auf die Frage reduziert: Was ist das Hauptproblem?
Und so wird dann in dieser Sichtweise aus einer Haltung, die sich von zwei verschiedenen Positionen abgrenzt, eine Haltung, die zwischen diesen beiden Positionen eine "symmetrische Struktur produziert":
"Mit der Flora-Haltung "einerseits sind wir gegen Antisemitismus - andererseits wollen wir auch nicht mit jenen zusammenarbeiten, die Antisemitismus zum Hauptwiderspruch machen" wird lediglich eine äußerst problematische symmetrische Struktur produziert, die alle qualitativen Differenzen, von denen sich einige aus dem Rest des Papiers selbst ergeben, wieder vergessen macht: weder mit "den einen" noch mit "den anderen" will man sich gemein machen. Auch, ob jemand die israelische Besatzungspraxis in der Westbank oder dem Gaza-Streifen verharmlost oder die Shoah relativiert; ob es um eine brutale, leider alltägliche, aber selbst im derzeitigen internationalen Vergleich (u.a. Darfur, Syrien, Iran, Irak, Tschetschenien...) noch ziemlich durchschnittlichen Repression oder um Auschwitz geht, ist dann gleich." (23,3,2)

Abgesehen davon, dass die "Flora-Haltung" innerhalb der Anführungsstiche extrem verkürzt wiedergegeben wird: Warum sollte eine Haltung, die sich von zwei verschiedenen Positionen abgrenzt, allein dadurch schon eine "symmetrische Struktur" zwischen diesen beiden Positionen produzieren, warum werden sie dadurch schon "gleich" gemacht? Mir ist es bisher nicht gelungen, diese Logik (oder Ontologie?) nachzuvollziehen. Das, was die Loge dem Flora-Papier vorwirft – nämlich das Produzieren einer "symmetrischen Struktur", eines "Parallelphänomens", das alle "qualitativen Differenzen" "vergessen macht" bzw. alles "gleich" macht –, ist anscheinend viel eher ein Produkt dessen, dass das Papier des Flora-Plenums aus einer eindimensionalen Perspektive gelesen wird, in der es nur genau ein "Hauptproblem" geben kann.

Alle "qualitativen Differenzen" vergessen macht indessen die folgende Produktion eines "Parallel-Phänomens", wenn von der Loge das Papier des Flora-Plenums und der Text "Griff ins Klo" von Kim Holland aus der Gruppe Kritik und Diskussion zusammengeführt werden:
"Während also die erste Variante [der Text "Griff ins Klo"] auf Entdeckung der Real-Werdung einer antisemitischen Wahnvorstellung als Angriffsziel einsteigt und sich damit selbst disqualifiziert, wird im Flora-Papier ein schlichtes Abgrenzen vom Freund-Feind-Denken daraus." (23,3,3)

Was das Papier des Flora-Plenums und das "unterirdische" "ressentimentgeladene Geschimpfe" von Kim Holland zu zwei "Varianten" einer Sache macht, scheint sich für die Loge daraus zu ergeben, dass beide Texte von der Loge als "Umgang mit dem Problem, das die Funktionslogik von Bahamas & Co. für die linke/linksradikale Debatte darstellt" angesehen werden. Insofern stellt das Loge-Papier selbst eine dritte Variante genau dessen dar. Die Spitze steckt eher in der Formulierung "wird [...] daraus", die einen Zusammenhang oder zumindest einen gemeinsamen Ausgangspunkt der beiden Positionierungen suggeriert: Beim Papier des Flora-Plenums wird aus dem Einsteigen "auf Entdeckung der Real-Werdung einer antisemitischen Wahnvorstellung als Angriffsziel" ein "schlichtes Abgrenzen vom Freund-Feind-Denken". Die einzige Gemeinsamkeit der beiden Papiere, die die Loge benennt, ist dass sich beide Papiere in ihren Augen von einer Bahamas-Position abgrenzen. Alleine diese Gemeinsamkeit soll offenbar den Zusammenhang bzw. den gemeinsamen Ausgangspunkt der Papiere begründen. Die "qualitative Differenz", dass die Abgrenzung von der Bahamas im Text von Kim Holland mit einem völlig anderen Argumentationsgang geschieht als die Abgrenzung von einer Positionierung, wie sie auch die Bahamas vertritt, im Papier des Flora-Plenums, scheint für die Loge nicht relevant zu sein.

Daraus, dass es für die Loge offenbar nur genau ein "Hauptproblem" geben kann, nur eine Ebene, auf der Antisemitismus verhandelt werden kann, erklärt sich wahrscheinlich auch die Kritik der Loge an den oftmals vorsichtigen Formulierungen im Papier des Flora-Plenums: "Kritisch sehen wir aber nicht nur die oben beschriebene Problematik und einen Stil, der mit seinen vielen "vielleicht" und "möglicherweise" oftmals arg im Vagen bleibt: das Papier hinterließ bei einigen von uns den Eindruck, dass hier versucht wird, sich jenseits eines Konfliktes zu positionieren, von dem es aber kein ‚jenseits' gibt, sondern allenfalls ein ‚dazwischen', ein ‚mittendrin'." (24,1,1)

Wer "das Problem" erkannt hat, für den können Ausdrücke wie "vielleicht" und "möglicherweise" nur als Ungenauigkeit gelesen werden und nicht möglicherweise auch als Versuch, der Vielschichtigkeit der Problematik gerecht zu werden. Und die Thematisierung der Verflochtenheit verschiedener Ebenen in der Auseinandersetzung hinterlässt in dieser eindimensionalen Sicht dann "bei einigen [...] den Eindruck, dass hier versucht wird, sich jenseits eines Konfliktes zu positionieren". Ein "dazwischen" oder ein "mittendrin" kann für die Loge offenbar nur auf der Ebene liegen, auf der sie selbst "das Problem" lokalisiert hat.

2. Von den Inhalten zu den Identitäten

Neben der Kritik, "das Hauptproblem" falsch lokalisiert zu haben, wird von der Loge in einer späteren Passage dem Flora-Plenum vorgeworfen, dass sich in ihrem Diskussionspapier "nicht konkret zur Vergangenheit geäußert wird". Diese Kritik ist sicherlich zutreffend: Gewiss hätte es dem Papier des Flora-Plenums an einigen Stellen gut getan, die historischen und politischen Bezüge ihrer inhaltlichen Positionierung deutlich zu machen. Doch aus der richtigen Forderung nach einer Einbettung der Inhalte in einen historischen und politischen Kontext, wird im Text der Loge relativ bald und relativ unvermittelt die Forderung danach, dass "Orte und Träger des Ressentiments" genannt werden müssen:

"Man hätte auch leicht z.B. die Palästinasolidarität der B5 mit ihrer antisemitischen Plakataktion nennen können. Der Text [des Flora-Plenums] kommt jedoch ohne Ort und Träger der Ressentiments aus.
Weiterhin heißt es [im Papier des Flora-Plenums]:
"Umgekehrt sehen wir auch keine Grundlage für eine gemeinsame politische Praxis mit denjenigen Linken, in deren eindimensionaler Weltsicht Antisemitismus so sehr zu dem einen Hauptwiderspruch geworden ist, dass sie immer öfter keine Probleme mehr damit haben, zum Beispiel rassistische und sexistische Inhalte zu vertreten."
Hier stellt sich das gleiche Problem, es fehlt ebenfalls eine Konkretisierung. Ist jetzt nur die Bahamas gemeint oder kann, wer will, Jungle

World, konkret oder das FSK auch unter diese Darstellung subsumieren – was absolut falsch wäre, aber passiert, wenn man so diffus formuliert." (25,1,2 – 25,1,5)

In diesem Zitat zeigt sich, dass die Loge mit ihrer Forderung nach "Konkretisierung" tatsächlich eine Personifizierung meint. Die Nennung von "Orten und Trägern des Ressentiments" (warum sind die "Träger" eigentlich alle männlich?) scheint für die Loge von solch zentraler Bedeutung zu sein, dass sie die von ihr zitierte Passage, in der das Flora-Plenum offensichtlich ein inhaltlich bestimmtes Kriterium für eine mögliche Zusammenarbeit mit Gruppen und Einzelpersonen formuliert, nur so lesen kann, dass damit irgendwer "konkret" gemeint sein muss. Die Frage, die sich die Loge stellt, ist weniger: Ist das so formulierte Kriterium inhaltlich und politisch richtig? Sondern eher: Wer ist konkret "gemeint"? Wer lässt sich darunter "subsumieren"? Die Frage der Identitäten – wer arbeitet mit wem zusammen und wer grenzt sich von wem ab – scheint für die Loge wichtiger zu sein als die Frage der Inhalte - danach, welche inhaltliche Positionierung innerhalb der aktuellen Auseinandersetzung politisch richtig ist.

Das Phänomen, dass in der aktuellen Auseinandersetzung die inhaltlichen Positionierungen gegenüber den identitären immer weiter in den Hintergrund geraten, ist dann möglicherweise auch die Erklärung dafür, warum die Loge glaubt, dass "wer will" auch Jungle World, konkret oder FSK unter das vom Flora-Plenum formulierte Kriterium "subsumieren" könne.

Denn offensichtlich kann nur, wer die tatsächlichen inhaltlichen Bestimmungen nicht mehr so ernst nimmt, behaupten, dass bei Jungle World, konkret oder dem FSK "Antisemitismus so sehr zu dem einen Hauptwiderspruch geworden ist, dass sie immer öfter keine Probleme mehr damit haben, zum Beispiel rassistische und sexistische Inhalte zu vertreten." Das in den Hintergrund treten der inhaltlichen Positionierungen in der aktuellen Auseinandersetzung wird damit zu einem Argument dafür, dass eine inhaltliche Positionierung ohne identitäre Positionierung im Gepäck "diffus formuliert" ist.

"So bleibt es ebenfalls eine Formel, mit der jede/r nach Geschmack und Neigung verfahren kann." (25,1,5)

Inhaltliche Positionierungen scheinen demnach für die Loge so etwas wie leere Hüllen zu sein, mit denen "jede/r nach Geschmack und Neigung verfahren kann". Eine nicht "diffuse" Formulierung muss für die Loge also immer schon die inhaltliche Positionierung in eine identitäre übersetzen, indem sie sogleich benennt, wer gemeint ist, damit keineR der SchülerInnen die Formel falsch auflöst. Damit wird die Annahme einer allgemeinen Verdummung der Linken bzw. die ihrer allgemeinen Dummheit zu einem Hauptausgangspunkt der Argumentation der Loge.

Dass für die Loge die Auseinandersetzung auf der Ebene von Inhalten immer nur das Mittel zum Zweck der praktischen Auseinandersetzung ist, wird im Schlussabsatz ihres Textes deutlich:

"Wegen des Mangels solcher realen politischen und historischen Bezüge tendiert das Florapapier zur reinen Wissensanhäufung über Antisemitismus. Diese ist sinnlos, wenn sie sich nicht in der Praxis niederschlägt." (25, 3,2)

Dass es dem Flora-Papier mit Sicherheit gut getan hätte, die politischen und historischen Bezüge, die in das Papier notwendigerweise mit eingeflossen sind, offen zu legen, wurde bereits am Anfang gesagt. Doch das ist eben nicht "das gleiche" wie in der Manier eines Großteils der 80er-Autonomen das Primat der Praxis zu propagieren, wie die Loge das hier tut. Was die Loge genau unter einer "Praxis" versteht, wird in ihrem Text nicht erklärt. Klar ist aber, dass ein diskursiver Einsatz in einer inhaltlichen Auseinandersetzung um Antisemitismus für die Loge nicht für sich schon als Praxis zu fassen ist. Neben der zitierten Forderung der Loge, die inhaltliche Positionierung gegen Antisemitismus in "Orte[n] und Träger[n] des Ressentiments" zu "konkretisieren" deutet eine weitere Passage in die gleiche Richtung:

"Dass gerade die konkrete Nennung von Ereignissen für den Umgang mit Äußerungen zum Thema zentral sind [ist?], haben die positiven wie negativen Reaktionen auf das Flora-Papier und die "Hamburger Erklärung gegen Antisemitismus" gezeigt." (25,1,5 – 25,2,1)

Ein diskursiver Einsatz gegen Antisemitismus scheint demnach für die Loge erst dann zur Praxis zu werden, wenn dabei "das Ressentiment" in "Ereignissen", "Orte[n] und Träger[n]" "konkretisiert" wird – wobei nicht ganz klar ist, ob es der Loge dabei nur um die Nennung von Gruppen oder auch um die von Personen geht. Und daraus erklärt sich dann offenbar, warum das Diskussionspapier des Flora-Plenums "sinnlos" ist, denn dort wird das antisemitische Ressentiment eben nicht "konkretisiert".

Das Flora-Plenum scheint eine andere Vorstellung von (sinnvoller) Praxis zu haben: So schreibt es in der Einleitung seines Papiers:
Den Text öffentlich zu machen, verbinden wir mit der Hoffnung, dass er zur Kritik und zur Diskussion anregt und damit zu einer stärkeren inhaltlichen Auseinandersetzung mit Antisemitismus innerhalb der Linken beiträgt und auch unsere eigene Diskussion weiterbringt.

Dies deutet darauf hin, dass das Flora-Plenum in der Veröffentlichung selbst schon eine Art von Praxis, eine vielleicht "diskursiv" zu nennenden Praxis, sieht; eine Praxis deren Ziel der aktuelle linksradikale Diskurs um Antisemitismus wäre, in den das Papier inhaltlich und nicht identitär zu intervenieren versucht. Mit einer solchen Vorstellung von diskursiver Praxis kann die Loge offenbar nichts anfangen. Die inhaltliche Auseinandersetzung ist für sie – wie oben dargelegt – offenbar in erster Linie ein Mittel zum Zweck für eine Auseinandersetzung um Identitäten.

Wie weiter?

Der Sache, den hierzulande virulenten Antisemitismus zurückzudrängen, wäre es sicherlich dienlicher, den Diskurs um Antisemitismus und den antisemitischen Diskurs für sich schon als politische Felder anzusehen, in die auch ohne identitäre Positionierungen interveniert werden kann. Schließlich wird der Antisemitismus tagtäglich vor allem auch [*kursives Blinken*] diskursiv produziert und das hört ja nicht dadurch auf, dass sich ein paar Restlinke vor allem um identitäre Positionierungen streiten.

Dass ein Einsatz in der linksradikalen Auseinandersetzung um Antisemitismus aber auch eine Positionierung gegen Antisemitismus überhaupt mittlerweile nur noch als Identitätspolitik zu funktionieren scheinen, wird durch Texte wie den der Loge weiter forciert. Genauso forciert wird durch solche Texte außerdem eine Diskussionskultur, in der die Vielschichtigkeit von Zusammenhängen immer stärker ausgeblendet wird, wo nur noch von "Hauptproblemen" die Rede ist, und wo für Positionierungen nur noch ein Für oder Gegen und kein "In-Between" mehr zur Wahl zu stehen scheint. In der Praxis der Diskussion manifestiert sich diese Entwicklung zu immer mehr Eindimensionalität und binärem Denken momentan vor allem darin, dass inhaltliche Positionierungen immer öfter vollkommen verkürzt wiedergegeben werden, um sie in eines

der beiden vermeintlichen Lager einordnen und dann abschießen zu können.
"Die Wiedergabe eines Kontextes kann niemals vollkommen und einwandfrei sein, obwohl dies ein steuerndes Ideal in der Ethik der Lektüre, der Interpretation oder der Diskussion wäre." (Jacques Derrida, 1990)
(Achtung: Dies ist nicht das "prominente" Schlusszitat und by the way bezieht sich der Titel dieses Textes auch nicht auf "das Hauptproblem" der aktuellen Auseinandersetzung um Antisemitismus – selbst wenn "Lesen" hier im weiteren, derridaschen Sinne gelesen werden sollte - und die beiden Haupt-Abschnitte handeln auch nicht von "den" zwei "Hauptproblemen" in dieser Auseinandersetzung.)
Nur um dies noch mal deutlich zu sagen: Hinter der Kritik in diesem Text steckt keineswegs eine verdeckte Aufforderung, nicht mehr mit der Loge zusammenzuarbeiten, sondern eher die Hoffnung, dass mit ihr eine (wie hier) zugespitzte aber trotzdem solidarische Auseinandersetzung darüber geführt werden kann, in welcher Form die aktuelle Auseinandersetzung über Antisemitismus weitergeführt werden sollte.
Denn die Gefahr in den beiden beschriebenen aktuellen Entwicklungen, die in erster Linie die Form dieser Auseinandersetzung und weniger deren Inhalte betreffen (auch wenn das nie sauber zu trennen ist), liegt vor allem darin, dass immer mehr Linke dieser dringend nötigen Auseinandersetzung hauptsächlich aufgrund ihrer Form den Rücken kehren, und sich so die Tabuisierung des Antisemitismus innerhalb der Linken verstärkt.

Horst Hrubesch ("Wir müssen das alles noch mal Paroli laufen lassen")

Strafexpeditiönchen

Auf Hinweis eines aufmerksamen Lesers hier noch der Link, zum Text, auf den sich die Polemik "Griff ins Klo" aus der letzten Zeck bezieht: http://www.gruppe-bricolage.org/archiv/frame-antisem.html

Dokumentation

Agentur-Schluss-Aus-Ende

In Hamburg zündeten am 28. Oktober 04 Brandsätze im "Jobcenter" Farmsen, einem von 25 Stützpunkten, von denen aus die Regelungen von Hartz IV in der Hansestadt umgesetzt werden sollen. In diesen Jobcentern werden auch die tausenden von 1-Euro Jobs in Hamburg "vergeben" – notfalls mit den Mitteln des Zwangs wie der Chef der Arbeitsagentur Steil erklärte.
In Königswusterhausen bei Berlin wurde Feuer an ein Arbeitsamt gelegt.
Der aktuelle soziale Angriff im Rahmen von Hartz IV ist nur eine Facette eines umfassenderen Umbaus des Sozialstaates nach dem Prinzip "keine Leistung ohne Gegenleistung". Daraus folgt eine aggressive Verarmungsstrategie einerseits und eine gigantische Entlastung des Kapitals auf der anderen Seite. Soziale Gerechtigkeit wird neu definiert. Verwertungskriterien allein regeln, wer welche Form gesellschaftlicher Solidarität beanspruchen darf. Dem entsprechend werden die Auswirkungen des Generalangriffs gegen Erwerbslose und Beschäftigte höchst unterschiedlich ausfallen – für Männer und Frauen, für Deutsche und Nichtdeutsche.
Flüchtlingen ist es im ersten Jahr ihrer Ankunft verboten, zu arbeiten. Nach der einjährigen Wartefrist können sie jedoch beim Arbeitsamt eine eingeschränkte Arbeitserlaubnis anfragen. Wer von ihnen einer der heiß begehrten sozialversicherten Jobs ergatterte, dort mindestens ein Jahr gearbeitet hatte und schließlich arbeitslos wurde, konnte nach dem Arbeitslosengeld bisher Arbeitslosenhilfe beziehen, so wie alle anderen auch. Doch damit ist jetzt Schluss. Alle Nichtdeutschen, die unter das Asylbewerberleistungsgesetz fallen, sind künftig vom Arbeitslosengeld II ausgeschlossen und erhalten Leistungen, die rund 30 Prozent unter dem ALGII-Niveau liegen.
Auch die verschärfte Zumutbarkeitsregelung betrifft sie indirekt. Wenn ab Januar 2005 ALGII-EmpfängerInnen jede Arbeit zugemutet werden kann, fallen Arbeitsplätze weg, die bisher eher von Flüchtlingen besetzt wurden.
Für einige MigrantInnen könnte die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sogar aufenthaltsrechtliche Folgen haben. Flüchtlinge, die Arbeitslosenhilfe bezogen, konnten eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis bekommen. Im Entwurf für das Zuwanderungsgesetz wurde der entsprechende Satz gestrichen.
Ein erheblicher Teil aller ArbeitslosenhilfebezieherInnen (30 Prozent im Osten/ 20 Prozent im Westen) wird zukünftig gar nichts mehr bekommen. Der größte Teil dieser Hartz-IV Verlierer sind Frauen, die darüber in stärkere Abhängigkeit von ihren PartnerInnen geraten. Alleinerziehende (meistens Frauen) sind ebenfalls speziell betroffe. Da der Druck, sich auf dem Arbeitsmarkt zu verkaufen mit Hartz IV enorm steigt, sind viele von ihnen praktisch gezwungen, ihre Kinder an Betreuungseinrichtungen abzugeben.
In den aktuellen sozialpolitischen Auseinandersetzungen sehen wir durchaus Ansatzpunkte für einen selbstorganisierten Widerstand gegen den neuen fordernden Sozialstaat. Verschiedenen Initiativen betonen dabei die zentrale Funktion der Arbeitsagenturen, die unter dem Dach der Bundesagentur für Arbeit die praktische Umsetzung des sozialen Angriffs übernehmen.
Am 6.11. rufen zahlreiche Gruppierungen zu einer Großdemonstration gegen die Bundesagentur in Nürnburg auf, deren Führungsgremien bestehend aus KapitalvertreterInnen, Gewerkschaften und VertreterInnen der Regierung die arbeitsmarktpolitischen Vorgaben für die Agenturen vor Ort festlegen.
Eine Initiative namens "Agenturschluss" will am 3. Januar viele Arbeitsagenturen bundesweit lahmlegen, um damit direkt zu Beginn der Hartz IV Offensive den Betrieb dieser Behörden und ihre verschärfte "Verfolgungsbetreuung" temporär unmöglich zu machen. Wir halten es grundsätzlich für richtig und notwendig, dabei insbesondere die SachbearbeiterInnen an ihre persönliche Verantwortung in der unmittelbaren Exekutive der repression zu erinnern. Dies sollte und kann sehr wohl differenziert und damit gezielt geschehen.
Ebenfalls ermutigend fanden wir jüngst die unmittelbare Reaktion der Opel-Belegschaft auf die Ankündigung von Massenentlastungen vor allem in Bochum. OpelarbeiterInnen und zahlreiche mit ihnen solidarische Leute an verschiedenen Produktionsstätten in Europa verweigerten sich der /allseits für unausweichlich gehaltenen) Standortlogik und unterstützten den wilden Streik in Bochum, der kurzfristig die Produktion mehrerer abhängiger Werke lahmlegte. Bemerkenswert dabei war die Selbstermächtigung der Bochumer Belegschaft jenseits gewerkschaftlicher Organisierungs- und Bevormundungsversuche.
Für ähnlich wichtig halten wir die Erfahrungen vieler, die sich über zwei Monate lang – ohne Anweisung von attac oder Gewerkschaften – zu den Montagsdemonstrationen versammelt haben. Das erwartungsgemäße Abflauen der Beteiligung an diesem wöchentlichen "Ritual" bedeutet noch lange nicht die schlussendliche Befriedung des hoch brisanten Konflikts. Dieser wird erfahrungsgemäß an den verschiedenen Orten der Umsetzung des sozialen Angriffs (z.B. in den Arbeitsagenturen) ausgetragen. Dort gilt es (selbst betroffen oder kritisch solidarisch) diese Auseinandersetzungen zu unterstützen bzw. zu suchen. Für die soziale Revolution!

Anti-Atom-Seite

Die Sofortige Stillegung aller Atomanlagen bleibt unser Ziel - basta

"Es gibt viele Arten zu töten", schreibt Brecht, "man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einen von einer Krankheit nicht heilen.....durch Arbeit zu Tode schinden....nur weniges davon ist in diesem Staate verboten." Sebastien Briat würde am 7.11.2004 getötet, als er sich dem Normalbetrieb von Atomanlagen in den Weg stellte.

Es ist eine Binsenweisheit, das der Betrieb von Atomanlagen konsequenter Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse ist, Verhältnissen, die ohne mit der Wimper zu zucken riesige Gebiete in den Uranabbaugebieten verseucht, die in kauf nimmt das es ab und an einen Gau geben kann der Tausenden das Leben kostet, aber das Geschäftsklima auch nur für die nächste 10-15 Jahre eintrübt (wer redet heute noch von Tschernobyl).

Das es einen Menschen aus dem Widerstand treffen könnte, das einer von uns auf der Strecke bleiben würde traf uns vollkommen unvorbereitet. In den vergangenen 10 Jahren wurde an keiner Stelle des Kampfes gegen die Atomanlagen der Konflikt in einer Weise zugespitzt, die es möglich erscheinen ließ das uns der Bannstrahl von Killfahndungen treffen könnte. Nein, ganz im Gegenteil mit größter Akribie wurde an technischen Vorrichtungen gearbeitet, die bei relevantem Sachschaden weder uns noch andere gefährdete (Mastensägen, Hakenkrallen, Ankettaktionen). Nach allen uns vorliegenden Informationen, nicht zuletzt durch die Stellungnahme seiner Gruppe, hat sich auch Sebastien nach allen Regeln der Kunst versucht bei seiner Aktion ab zu sichern, es gab Stoppgruppen, das ganze Vorhaben war einige Male erprobt, die Gegend hatte sich auch bei vergangenen Aktionen als geeignet erwiesen. Vor allem aber war die Gruppe und auch Sebastien letztlich in der Lage sich von ihrem Rohr zu lösen als sich herausstellte das der Zug nicht bremsen würde. Was sie nicht bedacht hatten war, das er nicht einmal den Versuch machen würde an zu halten, und so der Sog des vorbeifahrenden Zuges so groß werden konnte, das er Sebastien auf die Schienen zurück zog.

Wie die nebenstehende Tabelle die vom Bremer Anti Atomforum hastig zusammen gesucht wurde zeigt, hätten es dieTransporteure schon viel früher in Kauf genommen Menschen beim Transport von Atommüll zu töten.
Besonders widerlich gerierten sich in diesem Zusammenhang wieder einmal die Grünen, in dem sie sich selbst als einzige legitime Opposition zur eigenen Atompolitik inszenierten, schließlich wurde dieser Transport ja unter der Regie eines Grünen Atomministers genehmigt und durchgeführt. Geradezu absurd also das sich die ehemalige Cheffin der niedersächsischen Grünen Rebecca Harms hinstellt und der Anti-AKW-Bewegung gute Ratschläge gibt, Marke" so Kinder der Spaß ist vorbei, wir sind alle unheimlich betroffen und hören jetzt auf mit dem Widerstand".
Würde diese Position nicht quer durch alle Medien aufgegriffen (Kinder hört auf Widerstand zu spielen, wir haben doch den Ausstieg") mensch könnte sie auf den bereits enormen Haufen unsäglicher Grüner Äußerungen werfen.

Die Bewegung hat sich anders entschieden. In den Tagen nach Sebastiens Tod bekamen die Einsatzkräfte eine Reihe von neuen Aktionsformen geboten (Schienenkrallen, Ankettaktionen an der Strasse die sie nicht entfernen konnten usw.) die dem Einsatzleiter die Äußerung entlockte, das an eine Einsparung von Einsatzkräften nicht zu denken sei.

Wandelt Wut in Widerstand

Wie dies Aussehen könnte macht eine Aktion am 15.12.04 beim letzten WAA Transport von Stade nach LaHague deutlich. Auf Höhe Bucholz wurde versucht den Transport in üblicher Weise mit Pyros und Transparenten zu stoppen, ohne Erfolg, er fuhr ungebremst weiter – in eine massive Barrikade, und musste sich dann auch technisch erst mal zwei Stunden lang von seiner Unachtsamkeit erholen. (http://www.contratom.de) Vielleicht verbessern sich die Chancen für Ankettaktionen ja wieder, wenn nicht in jedem Rohr zwischen den Gleisen ein Arm steckt.

Die aktuelle Ausgabe der Anti-Atom-Aktuell befasst sich ausschließlich mit dem Tod Sebastiens, zu kaufen gibt es sie im Schwarzmarkt. Online unter www.anti-atom-aktuell.de

Normalbetrieb
(eine kleine Auswahl)

Am 22.12.04 kam es in Biblis mal wieder zu einer Reaktorschnellabschaltung, bei der massiv Wasserdampf abgelassen werden musste. Diesmal war es eine Defekte Turbineregelung mit der sich das Teil vom Netz nahm.

Am 6.11.04 führte die Schnellabschaltung eines Reaktors in Saratowo (Russland) zu einer Massenpanik, hunderte Menschen flohen aus der Region

Von Ende Juli bis zum 18.August 2004 floß radioaktiv verseuchtes Wasser aus dem AKW

Neckarwestheim in den Neckar. Da die Bürgermeisterin der anliegenden Gemeinde, Monika Tummenscheid, erst aus der Presse davon erfuhr, will sie dem Betreiber in Zukunftsoweit sie darauf Einfluss hat, " nicht mal mehr ein Scheißhaus genehmigen" .

www.x1000malquer.de

Chronologie

05.1996 Castorzug La Hague-Gorleben
Der Castorzug fährt in der Nähe von Göttingen ungebremst auf Sitzblockade zu. Die Polizei ist vor Ort. Die Menschen kommen gerade noch rechtzeitig von den Schienen
12.11.2002 Castorzug La Hague-Gorleben
Castorzug fährt trotz Sichtkontakt des Hubschraubers bei Rotenburg/Hessen ungebremst auf Angekettete zu. Diese können sich gerade noch losmachen
09.04.2003 Castorzug zur Wiederaufbereitungsanlage in La Hague
Zug hält bei Buchholz aufgrund von Feuerwerksbeschuss
2 Km weiter Überfahren von Strohpuppen mit Normalgeschwindigkeit
11.11.2003 Castorzug La Hague-Gorleben
Bei Witzenhausen bremst der Zug nicht, obwohl Leute auf den Schienen sind.
11.11.2003 Castorzug La Hague-Gorleben
Telefonhinweise, Signalfeuer
Bei Klein Schneen bei Göttingen fährt der Castorzug durch eine Materialblockade.

Dokumentation:

im vorfeld zum castor-transport nach gorleben wurden in der nacht vom 24. auf den 25.10.04 mehrere fillialen von hew, db und siemens in hamburg mit gelber farbe verziert.

hew, db und siemens zählen in deutschland zu den protagonisten der menschenverachtenden atomindustrie.

wut und trauer zu widerstand!

Hausdurchsungen

Nachlese: CASTOR-Transport 2004

Festnahmen in Eichdorf am 08.11.04 um ungefähr 14:30 Uhr , Hausdurchsuchungen in Bremen und Hamburg, 09.11.04, ungefähr ab 06:00 Uhr im Rahmen der Proteste gegen den CASTOR-Transport nach Gorleben im November 2004

Festnahme:
Wir (eine Frau, vier Männer) starteten mit einem Auto am Montag, den 08.11., gegen 14.15 Uhr vom Infopunkt Dahlenburg. Der CASTOR-Transport war gerade in Lüneburg losgefahren. Gegen 14.30 Uhr gerieten wir bei Eichdorf (in der Nähe von Dahlenburg) in eine Polizeikontrolle. PolizistInnen in schwarzem Kampfanzug (wahrscheinlich USK) hielten uns an und durchsuchten uns und das Auto. Wir vermuten, daß sie es speziell auf uns abgesehen hatten. Dafür sprechen:
-nur wir wurden kontrolliert,
-die USKler redeten unter einander bzw. auch per Funk wie: "wir haben das gesuchte Auto" u.ä.
Sie sagten, sie hätten Metallteile in unserem Auto/ bei den Festgesetzen gefunden, mit denen sie nichts anfangen könnten.
Nach einigem Hin und Her brachten sie uns ohne Begründung in einem Gefangenentransporter eine kurze Strecke zu einer provisorischen BGS -Station, die uns übernahm. Der BGS fotografierte uns, füllte eine Menge Papiere aus und brachte uns dann zur GeSa-Lüneburg.

GeSa-Lüneburg:
Wir wurden abermals fotografiert und durchsucht und ED-behandelt. Beim erneuten Durchsuchen wurden zwei Personen gezwungen, sich zu entkleiden. Eine Person wurde von drei Beamten unter Protest mit Gewalt ausgezogen.
Wir konnten dann mit einem Rechtanwalt sprechen. Wir besprachen die rechtliche Situation. Er rügte dem leitenden Beamten gegenüber das Vorgehen der Polizei bei den Leibesvisitationen, außerdem mahnte er an, daß eine ED-Behandlung nicht nötig sei und begutachtete die beschlagnahmten Gegenstände.
Wir wurden einzeln einem Richter vorgeführt. Die Richter bestätigten den Langzeitgewahrsam, es wurde aber auf Antrag eine Person (nach ED-Behandlung) frei gelassen, damit diese ihren Vater, der schwer krank ist, beistehen konnte.
Die Anordnung der Ingewahrsamnahme wurde vom Richter folgendermaßen begründet:
»... Nach den bisher getroffenen polizeilichen und richterlichen Feststellungen hat d. Betroffene bereits Handlungen vorgenommen, die gemäß §§13, 16, 18 Nds. SOG Anlass für seine/ihre Ingewahrsamnahme waren, u. a. hat er/sie sich zusammen mit vier anderen Beteiligten in einem PKW bei Eichdorf ca. 200 m von der Castortransportstrecke entfernt aufgehalten. In dem Fahrzeug befanden sich drei sogenannte "Entgleisungshilfen" (geschweißte Stahlprofile, ca. 20 x 15 cm).
Nach Mitteilungen der Polizei wurde eine derartige Entgleisungshilfe bereits am heutigen Tage bei Kilometer 209 an den Gleisen der Transportstrecke angebracht. Die Betroffenen wurden nur wenige Kilometer davon entfernt aufgegriffen. ...«
Mehrmals wurde auf verschiedene Art und Weise versucht, an Aussagen zu kommen. Niemand von uns hat aber irgendwelche Aussagen gemacht (außer Name, Geburtsdatum, Adresse). Im Zuge dessen wurden zwei Personen erneut dem Richter vorgeführt und es wurde ihnen der Strafvorwurf "gefährlicher Eingriff in den Schienenverkehr" oder ?gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr? eröffnet.

nach der Freilassung:
Am Dienstag, den 09.11., gegen 10 Uhr, nachdem der CASTOR in die Halle in Gorleben eingefahren war, wurden wir frei gelassen, alle mehr oder weniger gleichzeitig. Bei drei Personen (bei einer in Bremen, bei zweien in Hamburg) hatten inzwischen Hausdurchsuchungen stattgefunden. Haustüren und/oder Wohnungstüren wurden aufgebrochen und die Schlösser ausgewechselt. Die Tür des Büros der Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz (MAUS e.V.) in Bremen wurde aufgebrochen und das Büro in Augenschein genommen.

Einen Tag danach, am Mittwoch, den 10.11., um 13.30 Uhr wurde eine Person in Hamburg von zwei zivilen Polizisten aus Lüneburg besucht. Sie wollten mit ihr über die Durchsuchung ihrer Wohnung und über die beschlagnahmten Gegenstände reden. Sie lehnte jedes Gespräch ab. Die Beamten haben sie daraufhin wieder verlassen.
Inzwischen haben wir über einen Anwalt Akteneinsicht beantragt.

Vieles ist noch unklar, aber eines ist jetzt schon klar:
»den Stein, den sie gegen uns erhoben haben, der wird auf ihre eigenen Füße fallen!«,
aber dafür müssen wir alle sorgen.

Kontakt Soli Gruppe, hausdurchsuchung04@so36.net

Zum Tod von Sébastien Briat

Erklärung der Gruppe

Am 7. November 2004 starb Sébastien, als ihn die Lokomotive des Atommüllzugs nach Gorleben erfasste. Einige Wochen zuvor hatte er sich mit anderen von uns zum Handeln entschieden, um die Angreifbarkeit dieser Transporte publik zu machen.
Die Tatsache, dass er tot ist, sollte nicht vergessen lassen, dass diese Aktion gewaltfrei, überlegt und freiwillig war. Auch wenn dieses Drama es so erscheinen lässt, war unsere Tat keinesfalls unverantwortlich, bzw. ein Akt der Verzweiflung. Unser Engagement ist das Ergebnis tiefster Überzeugung reeller und bestehender Gefahren, welche die Atomkraft schon viel zu lange darstellt. Diese Aktion war gemeinsam genauestens vorbereitet: genaue Ortskenntnisse und die Berücksichtigung eines Notfallsstopps.

Wir hatten mehrfach die Möglichkeit in Betracht gezogen, dass der Zug nicht anhalten könnte. Da wir uns in einer langgezogenen Kurve mit eingeschränkter Sicht befanden, war uns klar, dass wir notfalls die Gleise sehr schnell verlassen müssten. Wir lagen zu viert neben den Schienen, da wir zwei Rohre unter den Gleisen platziert hatten. Niemand lag zwischen den Schienen, um notfalls schnell wegzukommen. Wir waren nicht angekettet und hatten so die Möglichkeit schnell den Arm aus dem Rohr zu ziehen.

Leider konnte die Gruppe, die den Zug 1500m vorher zum Bremsen bringen sollte, nicht handeln. Der Hubschrauber, der ständig dem Zug voraus fliegt, fehlte. Er war "Tanken"; aber die Gruppe rechnete damit, dass er die Ankunft des Zuges signalisieren würde. Da neben dem Zug Fahrzeuge der Gendarmerie mit hoher Geschwindigkeit fuhren, konnte die Stoppergruppe nicht handeln. Der Transport konnte also weder vom Hubschrauber, noch von den Stoppern gewarnt werden und kam so mit 100km/h auf uns zu.
Diese Verkettung von Umständen brachte uns in Gefahr. So hatten die Personen, die an den Gleisen lagen, sehr wenig Zeit festzustellen, dass der Zug seine Geschwindigkeit nicht verringerte. Wir hatten es geübt sekundenschnell wegzukommen.

Sébastien wurde dabei erfasst, als er die Gleise verließ. Sein Arm steckte nicht in dem Rohr fest, wie die durchzuführenden Untersuchungen beweisen werden.
Es ging alles so schnell, dass wir ihm nicht helfen konnten. Wir waren in der Kälte zehn Stunden lang etwa 30 m von den Gleisen entfernt am Waldrand versteckt. In dieser Zeit wurden weder wir, noch die Vorposten zur Benachrichtigung (15 Kilometer entfernt vom Ort der Aktion), noch die Gruppe von den Sicherheitskräften entdeckt, die den Zug stoppen sollte.

Wir wurden auch nicht entdeckt, als wir im Vorfeld um fünf Uhr morgens die Rohre unter die Schienen legten. Es ist klar, die Verantwortung jedes Beteiligten festgestellt werden muss, unsere inbegriffen.

Zur Stunde erleben wir einen der schlimmsten Augenblicke unseres Lebens. Neben vielen bekannten Gründen für die Aktion, ging es uns in erster Linie der Schutz unseres Planeten, der Jahr für Jahr mehr zerstört wird. Es ging uns aber auch um die Ablehnung jeder Infragestellung dieses monolithischen Staats. Wir haben nicht aus Unreife oder Abenteuerlust versucht den Zug zu stoppen, sondern weil die Atompolitik dieses Landes nur so zu einer elementaren Frage werden kann. Sébastien ist durch einen Unfall gestorben, er hat es sich nicht ausgesucht, niemand wollte es. Er starb nicht nach einem Discobesuch betrunken am Steuer, sondern um seiner Überzeugung Gehör zu verschaffen. Sein Tod wird deshalb für uns nie ein beliebiges Vorkommnis sein.

In der Situation, in der wir derart verlassen und verloren waren, hätten wir uns nie vorgestellt so viel Unterstützung zu bekommen. Wir danken vor allem unseren Freunden und Eltern, vielen Initiativen, aber auch Tausenden anonymen Deutschen und Franzosen, die in seinem Andenken Demonstrationen und Andachten organisierten.
Die Stärke der Solidarität überwältigt und berührt uns. Das Wichtigste ist für uns, einen Bruder zu beweinen und seine Familie zu unterstützen, nicht sein Bild zu instrumentalisieren. "Bichon" war voller Lebensfreude und -energie, nicht nur Atomkraftgegner. Dieser Text ist weder eine Beichte noch eine Anschuldigung, wir wollen dadurch nur die Wahrheit dieser Ereignisse wiedergeben.

Seine Weggefährtinnen und Weggefährten

Plakatwand an der Roten Flora, Hamburg, Dez. 2004

Rote Flora Programm

Dienstag 04.01.05 20Uhr
SATANIC VERSES CONCERTS presents:
EAVES- haben letztes jahr schonmal in der flora gespielt und wusste mit ihrem mix aus HARDCORE/SCREAMO/METAL zu überzeugen. die jungs haben eine neue platte im gepäck, die sie uns vorstellen wollen! mehr infos unter: www.eaves-laerm.de
EMPTY VISION- sind eine junge band, die die HARDCORE der alten tage fröhnen! von youth of today über infest ist alles dabei!
ABOUT FACE- kommen aus hamburg und haben auch schon desöfteren hier gespielt! sie präsentieren uns hardcore ohne viel geschnörkel! immer schön geradeaus, mit einem gesang, der in so manchen momenten an 7 seconds erinnert!

Samstag 08.01.05 21Uhr
FREI PARKEN
Prozesskosten SOLIPARTY für den Erhalt des Schanzenparks gegen Unstrukturierung, Ausgrenzung und Vertreibung!
Widerstand auf drei ebenen mit: DUBTARI/reggae-ska, NO LIFE, LOST/ska, INDICA/alternative, BLICKWINKEL/geigenpunk, im Keller DRUM`N`BASS wahrscheinlich mit Drumbule und oben chillout mit kino, infotisch, veganer cocktailbar und musik (djanes, 1. acapella und 1. jazzband)

Samstag 15.01.05 22Uhr
IRIE RÈVOLTÈS (Heidelberg)
Reggea-Ragga-Solikonzert und Sound mit Rebel Voice u.a. aus Heidelberg für das Projekt "Rollis für Afrika e.V."

Freitag 21.01.05 22Uhr
AG Solidarisch gegen Kriminalisierung Soli-Party die Zweite Anfang des Jahres 2004 fand an der Universität Hamburg ein Streik statt, um gegen die fortschreitende Ökonomisierung der Bildung und der weiteren Ausgrenzung ganzer Gesellschaftsschichten aus der Uni, zu protestieren. Im Rahmen dieses Streiks kam es zu mehreren Aktionen, auch außerhalb der Universität, wie zum Beispiel die Besetzung der Hamburger Morgenpost sowie der SPD und CDU Parteizentralen. Über 70 Personen sehen sich seit Monaten mit Prozessen, Strafbefehlen und anderen repressiven Maßnahmen des Staates ausgesetzt. Damit die einzelnen Personen die entstehenden Kosten nicht alleine tragen müssen, versuchen wir durch eine fette Party ein Teil der Gelder gemeinsam zu "erfeiern". Neben diversen Punk und Ska Bands die Live abrocken werden, wird es im Keller Drum´n Bass vom Feinsten geben, während im Obergeschoß, Hip Hop DJ´s und Reggae Soundsystems die Platten kreisen lassen. Bildung Für alle! Alles für alle und zwar umsonst!

Samstag 22.01.05 22Uhr
DEPECHE MODE PUNX HAMBURG PRÄSENTIEREN:
!!!EXTREMTANZ die ZWEITE!!!
dj" slave to the music" guapo wird uns wieder mit dem besten aus den 70ern, 80ern, 90ern und zuweilen auch dem besten was die gegenwart zu bieten hat verwöhnen!
hiermit fordern wir euch auf euch schick zu machen! es muss nicht unbedingt 80ies style sein, es liegt an jedem selbst, schliesslich ist "gutgekleidet" definitionssache! auch diesmal soll SOLI getanzt werden, und zwar für SKULD RELEASES einem von staatlicher repression geschundenen plattenlabel, welches für so gute platten wie LOST WORLD, GUTS PIE EAR SHOT, JENIGER, DOOM, ARMISTICE etc, (die liste könnte noch so weiter gehen) verantwortlich ist. und nicht vergessen: SCHICK MACHEN!!!

Freitag 28.01.05 21Uhr
No Hope for the Kids (die jungen Götter des Punx alter Prägung kommen../"Kopenhagen Suicide City"). Weitere Bands stehen in Kürze fest. Achtet auf Plakate und Flyer..

Samstag 29.01.05 23Uhr
Sillywalks Movement präsentiert Caramelo&Criminal.
Spätestens seit ihrem Track "Que Sera" auf dem Debut Album von Hamburgs Soundhaudegen Sillywalks Movement sind die zwei lateinamerikanischen Brüder Don Caramelo und El Criminal eine feste Größe in der Reggae-Szene.
Bashment for antifascist Movement!

Regelmäßige Flora Termine:

Montag ab 19 Uhr Kochsession veganes Essen ab 17 Uhr offene Motorradwerkstatt-schrauben und klönen 18.30 – 21 Uhr Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 17-20 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen Dienstag 18-23 Uhr Dubcafe Mittwoch 19 Uhr "Wie es euch gefällt-artcafe Donnerstag 19.30 Uhr Anti-Castor Cafe jeden 1.+3 ab 19 Uhr Kochkollektiv veganes Essen 17-20 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen Samstag food not bombs veganes Essen Sonntag ab 17 Uhr Cafe Niemandsland richtige Politik, echter Kaffee und frischer Kuchen Studio F (FSK 93.0) sendet ganztätig aus der roten Flora